

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittag außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6,
durch die Post und
durch Colporteurs zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mf. 3.10,
pro Woche 25 Pf.
Postzeitungsliste Nr. 7103.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Insertionsgebühren
Beträgt für die fünfgeschaltene
Zeitung oder deren Raum
20 Pfennige, für Vereins- und
Versammlungs-Anzeigen
10 Pfennige.
Insertate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Nr. 46.

Breslau, Freitag, den 22. Februar 1895.

VI. Jahrgang.

Junker-Socialismus.

Unsere Junker sind in gehobener Stimmung, denn sie glauben, daß die Zeit des Einfaches für sie nicht mehr fern ist. Sie rütteln an den Handelsverträgen mit einem Eifer, der ihrer besseren Sache würdig wäre. Alles natürlich nur „um Wohle des Vaterlandes“ und um dem „kleinen Mann“ zu helfen. Dies soll auch der Zweck des Antrages Kanitz sein, der dem Verlangen nach höheren Preisen des Getreides auf die einfachste Weise entspricht. Der Staat soll danach ausführende Getreide aufkaufen und zu einem bestimmten Preise und bis zu einer bestimmten Quantität abgeben. Damit soll bewirkt werden, daß der Preis des einheimischen Getreides den gesetzlichen Preis des ausländischen Getreides erreicht. Dies würde ungefähr eine Verdoppelung des gegenwärtigen Preises bedeuten. Und damit soll der „gehobenden Landwirtschaft“ geholfen sein!

Graf Kanitz wird, wenn dieser Antrag Gesetz werden sollte, allerdings seine Dächer nicht mehr mit Stroh zu decken brauchen, wenn er bisher in solch trauriger Lage war. Aber manch einem kleinen Bauer kann dieser Antrag neue Hypotheken auf das Dach bringen, wenn dort noch Raum für solche ist.

Die liberale Presse in ihrer oberflächlichen Auffassung bezeichnet den Antrag des Herrn Grafen als „socialistisch“. Auf die Junker macht das nicht den beabsichtigten Eindruck, denn für sie verliert der Socialismus alle seine Schrecken, sobald er ihren Ausicht macht, daß „Geld im Kasten klingt“. Soweit er dies nicht thut, bekämpfen sie ihn mit patriotischem Eifer als „Umsturz“.

Socialismus in unserem Sinne ist der Antrag Kanitz übrigens auch durchaus nicht. Er ist eine Maßregel zur Vertheuerung nothwendiger Lebensmittel und ersetzt in seiner Wirkung eine indirecte Steuer oder einen Schutzoll. Ein sonderbarer Socialismus, eine Abart des modernen Staatsocialismus, ein Junker-Socialismus.

In der Schweiz hatten einst unsere Parteigenossen die Verstaatlichung des Getreidehandels für eine unter den heutigen Verhältnissen wünschenswerthe Maßregel erklärt. Aber sie gingen dabei von ein in ganz anderen Gesichtspunkt aus; sie wollten den durch den Kornwucher bewirkten willkürlichen Steigerungen des Getreidepreises vorbeugen.

Graf Kanitz dagegen will dem Staate das Vor-

recht eines gesetzlichen Kornwuchers gewähren, von dem er eine allgemeine Steigerung des Getreidepreises erhofft. Dadurch wird das Vorrecht des Staates zu einem Vorrecht des Junkerthums.

Selbst vom bürgerlichen Standpunkt aus kann man billiger Weise fragen: Wenn der Staat dem Junker eine Erhöhung seiner Grundrente sichern soll, warum nicht auch dem Handwerker und Arbeiter eine Erhöhung seines Einkommens? Und kann da nicht jeder Actionär mit gleichem Recht wie der Junker eine Erhöhung seiner Rente und Dividende verlangen?

Aber diese Fragen, die in der Presse thatsächlich aufgeworfen werden, können uns weniger beschäftigen. Viel wichtiger ist uns die Thatsache, daß die Behauptung, der Antrag Kanitz werde den kleinen Leuten Vortheile bringen, eine dreiste Junkerei ist.

Wenn die Getreidepreise sich verdoppeln, so hat davon zunächst der Großgrundbesitzer einen Vortheil, dem es seine Mittel erlauben, mit seinem Vorrath von Getreide die Situation auszunutzen und es zur richtigen Zeit am richtigen Orte abzusetzen. Der mittlere Bauer, der wenig Getreide verkaufen kann und über wenig Mittel verfügt, ist auf einen beschränkten Markt angewiesen und darum von vornherein im Nachtheil. Er hat die Wahl noch, sich vom Zwischenhändler schröpfen zu lassen. Der kleine Bauer dagegen, der sich Lebensmittel kaufen muß — und er hat weitaus die Mehrzahl der häuslichen Vertriebe in Deutschland in Besitz — leidet unter der Preissteigerung genau so wie der Arbeiter. Daß der ländliche Tagelöhner durch die Preissteigerung besser gestellt werde, wird auch Graf Kanitz nicht behaupten wollen.

Die Brotvertheuerung verschlechtert sofort die Lebenshaltung des ganzen Volkes. Die Arbeiter nähren sich schlechter und mit diesem Sinken der Kaufkraft der Arbeiter bricht auch für den Bauer eine schlechtere Zeit an. Während der Großgrundbesitzer sein Getreide beliebig auf den Markt werfen und die Absatzgelegenheit wahrnehmen kann, bleibt dem kleinen Bauer, soweit er überhaupt Getreide verkauft, mit dem seinen sitzen. Die Folgen sind neue Hypotheken, neue Bankrotte, neue Güterschlächtereien.

Bei dem Großgrundbesitzer bringt's die Masse; er kann die Frucht bezahlen, um mit seiner Waare auf dem possenden Markte zu erscheinen. Der mittlere Bauer kann das nicht.

Daraus kann man ersehen, daß der Antrag weiter gar nichts ist, als ein Versuch, dem Junker- und Groß-

grundbesitzthum mit Hilfe des Staates eine Erhöhung der Grundrente zu verschaffen. Dem Junkern wäre es allerdings am liebsten, der Staat nähme ihnen die Güter, die sie durch eine über ihre Verhältnisse gehende Lebensweise mit Hypotheken haben belasten müssen, einfach ab und zahlte ihnen eine genügende Rente dafür „auf ewige Zeiten“ aus, eine Rente, die sich von Geschlecht auf Geschlecht zu vererben hätte. Dann wäre für die „Edlen“ die sociale Frage gelöst und die Frage wäre nur, die Rente so hoch zu gestalten, daß sie ausreichend wäre für die bekannten „noblen Passionen“. Ob sich dann die Herren „von“ auch noch um die Nothlage des kleinen Mannes bekümmern würden? Schwerlich! Das würden sie wohl der Socialdemokratie überlassen.

Wir sind der Meinung, daß die Zwergwirthschaft im Ackerbau eine überlebte Betriebsform ist. Daher kommt auch ihre Noth und der vergebliche Kampf des Parzellenbesitzers mit der Schwierigkeiten, die ihm die Anforderungen der Neuzeit verursachen. Die gegenwärtige Epoche macht es uns vollständig klar, daß wir des Großbetriebes bedürfen und der Capitalismus bereitet ihn auf allen Gebieten der Production vor.

Der Socialismus hat auch der Landwirtschaft ihren Entwicklungsproceß abgeläutert und hat begriffen, daß sie mit Naturnothwendigkeit dem Großbetriebe zusteuert.

Der Junker-Socialismus, der dem kleinen Mann die Existenzbedingungen erschwert, wird diese Entwicklung wider seinen Willen mehr fördern als hemmen. Das würde sich bald zeigen, wenn der Antrag Kanitz Gesetz würde.

Ueber den neuesten französischen Scandalprozeß

berichtet Genosse Paul Lafargue der „Wiener Arbeiter-Ztg.“ in folgender trefflich satirischen Weise unter der Ueberschrift: „Wie man die Tugend belohnt“:

Sei einigen Tagen spielt sich vor dem Zuchtpolizeigericht ein Proceß gegen Journalisten von der officiösen Presse, Träger des Kreuzes der Ehrenlegion, ab. Der eine von ihnen ist ein ehemaliger Deputirter, der Hoffnung hatte, Minister zu werden, und ein anderer war allmächtig in den Ministerien. Dieser Proceß, der so recht aeleaen kommt, um die öffentliche

Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

[Nachdruck verboten.]

Was ihnen noch blieb! Der Onkel war mit der Rechnung schnell fertig. An Geld und Papieren nichts. Als letzte Geldquelle blieb noch das Haus in der Murillostraße, das mit seiner gesomnten Einrichtung vierbis fünfhunderttausend Francs werth sein mochte. Es galt nun nicht mehr zu zögern, es mußte sofort verkauft werden, damit die Familie wenigstens leben konnte.

Als Frau Savenay Tränen vergoß bei dem Gedanken, das Haus verlassen zu müssen, das ihr Gatte gebaut hatte, das Haus, an dem sie mit allen Fibern ihres Herzens hing, hatte er erwidert:

„Aber, mein Gott, Schwester, Du wirst daran nicht sterben. Du wirst fortan weniger großartig auftreten, das ist alles. Du mußt jetzt lernen einfach zu leben, wie ich. Es ist nicht nöthig, daß man immer in Seide und Sammet geht, große Gesellschaften giebt und sich einen Wagen hält!“

Frau Savenay versuchte unter Schluchzen zu sagen, daß sie nicht darum weine, sondern bei dem Gedanken an das glückliche Leben, das sie hier geführt.

Dazu hatte der Onkel nur die Achseln gezuckt als einpraktischer Mann, der sich wenig um solche Dinge kümmert und sich mit Jeremiaden nicht aufhält. Er dachte sogar

mit einer Art von Vergnügen daran, daß er den Verkauf des Hauses in die Hand nehmen würde. Er empfand dabei die Befriedigung eines Chirurgen, der eine gute Operation vorzunehmen, oder die eines armen Verwandten, der plötzlich der Reichste in der Familie wird.

Mrs. Webster, die durch die Zeitungen von dem Selbstmord Breffuere's erfahren hatte, kam am Nachmittag mit ihrer Tochter. Das bedeutete einen erneuten Thränenerguß für die arme Frau Savenay. Man umarmte sie, man bedauerte sie mit einem Ueberfluß von Worten; mit der ausdauerndsten Siebenswürdigkeit suchte man sie auszuforschen. Sie täuschte sich gewiß. Aber in dem Grade, wie sie ihnen die Tiefe ihres Unglücks enthüllte, schienen sie kühler zu werden.

Zu Beginn des Besuchs war sie die „liebe Freundin“, beim Abschied war sie nur noch die „verehrte Frau“. Miß May konnte sich nicht enthalten, Germaine die traurigen Folgen der Catastrophe vor Augen zu führen.

„So werden Sie also Ihr Coupee nicht mehr behalten?“

„Nein.“

„Auch das Haus werden Sie nicht mehr haben?“

„Auch das nicht.“

„Auch Ihre Loge im Theater nicht?“

„Auch die nicht.“

„Und Sie werden Ihre Ausgaben für Toilette und Haushalt einschränken müssen?“

„Wir müssen wohl...“

Bei jeder Antwort rief Miß May: „Ach, Sie Arme, Sie Arme! Wie werden Sie das nur fertig bekommen? Ich könnte es nie!“

Sie hatte Anfangs eine erschrockene und bekümmerte Miene angenommen, allmählich aber, ohne daß Miß May daran dachte, verwandelte sich ihre Miene in die der Gönnerin.

„O, aber dann werden Sie gewiß im vierten oder fünften Stock irgendwo eine billige Wohnung nehmen müssen. Und Sie werden immer zu Fuß gehen oder höchstens den Omnibus benutzen können. Das ist ja schrecklich! Aber zum Glück können wir Sie dann manchmal in unserem Wagen ausfahren oder Ihnen unser Billet für die Oper schicken.“

Germaine dankte für alle diese Anerbietungen mühsam und mit kummervollem Herzen.

„Aber Sie werden sich doch wenigstens Ihre Kleider nicht selbst zu machen brauchen? forschte die andere mitleidig.

Germaine hoffte, das würde nicht nöthig sein. Sie sagte es ganz leise, als schäme sie sich dessen.

Zuweilen hatte sie jetzt die verächtliche Stimme eines kranken Kindes. Endlich verabschiedete Miß May sich mit den Worten:

„Sie werden mir Ihre Adresse schicken, wenn Sie umgezogen sind, nicht wahr, verehrte Frau? Wir werden es uns zur Pflicht machen, Sie dann zu besuchen, obgleich wir nicht gern Treppen steigen. Aber was würden wir für Sie nicht thun?“

Damit reichte sie Frau Savenay die Hand.

Reinung zu beschäftigen — seit der Demission Casimir-Perler's hatte man ja keine Scandale mehr, um ihr Stoff zu liefern —, ist ganz dazu geeignet, die honnetten Leute zur Verzeihung zu treiben; denn er zeigt ihnen wieder einmal deutlich, daß es unmöglich ist, in dieser capitalistischen Welt tugendhaft zu sein, wenn die Tugend in der Person so ausgezeichneter und so bedeutender Männer vor die Zuchtpolizei geschleppt wird. Denn diese Journalisten sind nur deshalb in ihre traurige Lage gerathen, weil sie das Laster bestrafen wollten. Hier die Geschichte ihres Unglücks.

Moral und Gesetz verdammen das Spiel; aber während die Polizei die Eröffnung von Spielhäusern wie Monte Carlo nicht gestattet, duldet sie das Spiel in allen Cercles, die zu wahren Spielhallen geworden sind, wo die sogenannten „Söhne aus guten Familien“ — den Arbeitern wird nicht zugetraut, „gute Familien“ zu haben — und „distinguirte“ Männer, welche die Elite der Gesellschaft vertreten, sich gegenseitig um Vermögen berauben, dessen Erwerb ihnen so wenig Mühe gekostet hat, daß sie es nicht zu bewahren versuchen.

Ein Cercle wurde bisher als eine geschlossene Gesellschaft angesehen, die in ihren Salons nur gehörig eingeschriebene und die festgesetzten Beiträge zahlende Mitglieder empfing, denen es gestattet war, von Zeit zu Zeit einen Freund als Gast mitzubringen. Aber das ist anders geworden. Speculanten gründen heute einen Cercle, wie man etwa eine Gesellschaft zur Ausbeutung von Goldminen oder Guanilagern organisiert. Die Speculanten zahlen alle Kosten, Miete, Bedienung, Heizung etc., und fordern von den Mitgliedern nur einen lächerlich geringen Beitrag; sie treiben die Freigebigkeit so weit, daß sie offenen Tisch für die Mitglieder und ihre Freunde halten, daß sie diesen Geschenke verschren und sogar den Präsidenten des Cercles bezahlen, der gewöhnlich ein in der Presse oder Politik sehr bekannter Mann ist. Einer dieser Cercles hat beispielsweise einen äußerst geistreichen Journalisten zum Präsidenten, ein anderer einen ehemaligen Minister. Das Spiel bringt alle diese Ausgaben herein und dazu enormen Gewinn für die Speculanten. Ein solcher Cercle ist ein wahres Veru. So haben drei Brüder, von denen zwei Bediente beim „Herrn Baron“ waren — so nennt man nämlich in der feinen Gesellschaft den Rothschild! — vor etwa zehn Jahren einige Cercles eröffnet, und heute sind sie Millionäre und besitzen historische Schlösser, die sie den Mitgliedern ihrer Cercles abgekauft haben. Der eine von ihnen ist gerade jetzt im Gefängniß wegen einer häßlichen Wuchergeschichte. Er hatte vor einem Notar einem Adligen mit glänzenden Titeln einen Wechsel unterzeichnen lassen, der bestätigte, daß dieser 200,000 Franc erhalten habe; in Wirklichkeit hatte man ihm nur 120,000 Franc gegeben. Als er zahlen sollte, verlangte der Edelmann, nicht früher als ein Jude, seine Unterschrift und erklärte, daß er Dummkopf genug gewesen sei, sich derart beschreiben zu lassen. Es kam zu einem Proceß, und durch einen außerordentlichen Zufall konnte der Betrogene beweisen, daß er wirklich betrogen worden sei. Der Notar jagte sich eine Kugel

durch den Kopf, denn er wäre auf die Galeere gekommen, weil er als Zeuge bei einem Vertrag mitgewirkt hatte, dessen Clauseln offenbar falsch waren. Die Affaire zeigt aber, welche umständlichen Maßregeln die Inhaber der Cercles ergreifen, um ihre Klienten bis auf die Haut zu scheeren.

Die ehrenwerthen Journalisten, die gegenwärtig vor dem Strafgerichte stehen, konnten es nicht über sich bringen, noch länger ohne Entrüstung zuzusehen, wie jene Diebe den Capitalisten die Reichthümer stahlen, welche diese wieder den Arbeitern gestohlen hatten, und, neue Don Quigotes, wollten sie diese Ausplünderer der Capitalisten zwingen, einen Theil der Beute herauszugeben. Muthig suchten sie sie in ihren Höhlen auf und sagten ihnen: „Ihr werdet uns fünf-, zehn-, fünf-, zehn-, zwanzigtausend Francs geben, oder — wir denunciren Euren Cercle in unseren Blättern als ein geheimes Spielhaus. Ihr wißt, wir sind mächtig, wir verkehren bei Ministern, und wir haben Deputirte als Redacteurs, die nöthigenfalls in der Kammer eine Interpellation einbringen können.“ Der Eigentümer des Cercles beugte sich vor diesen guten Gründen und gab dem Chefredacteur des *Blattes* richtig einen Theil seiner Gewinne ab, was diesem zusammen mit dem, was er aus dem Reptilienfonds erhielt, erlaubte, jene Stellung einzunehmen, die jedem Vertheidiger der Moral in einer anständigen capitalistischen Gesellschaft gebührt. Diese Don Quigotes verbrauchen 60- und 80,000 Francs jährlich.

Einer von ihnen hatte eine geniale Idee. Er lud alle Besitzer von Cercles zu einem Frühstück in einem berühmten Restaurant — denn alle wichtigen Sachen werden in Frankreich bei Tisch ausgemacht — und schlug ihnen vor, ein Syndicat zu bilden und eine gemeinschaftliche Kasse zu gründen, deren Gelder durch seine Vermittlung an die Je-tungen vertheilt werden sollten, um deren wohlwollendes Stillschweigen zu erkaufen. So geht auch das Spielhaus in Monte Carlo vor; alljährlich kommt sein Kassier nach Paris, giebt dem einen Journal 20,000, dem anderen 30,000 oder 50,000 Francs je nach seiner Wichtigkeit und Schußigkeit; so spricht denn auch kein einziges Pariser Blatt weder von den Selbstmorden noch den anderen Scandalen in dieser internationalen Spielhölle. Und der schöne Plan war fast gelungen, als ein Unglück eintrat.

Die Don Quigotes des Journalismus, ermunthigt durch ihre Erfolge, wollten diese auch auf Industrielle und Kaufleute ausdehnen. Einer hatte die Gewohnheit, Minister und sonst gewichtige Personen in große Restaurationen zum Frühstück einzuladen, beim Dessert suchte er den Eigentümer des Stabliments auf und hielt ihm diese überzeugende Rede: „Ich mache für Sie Reclame, denn ich bringe Ihnen Minister her; Sie werden so gut sein und zwei Action meiner Zeitung nehmen zu je 500 Francs; andernfalls würde ich mich gezwungen sehen, mich über die Weise zu beklagen, wie Sie die hervorragenden Gäste verpflegen, die zu Ihnen kommen.“ Und der Restaurateur ließ aus Furcht vor einem Scandal ein Tausend-Francs-Billet aus.

Ein auf viele Art geplündertes Geschäftsmann klagte bei der Polizei; das ermunthigte andere nach auch

die Cerclesbesitzer, die plötzlich fanden, daß ihnen die Don Quigotes zu viel Geld kosteten; hatte doch ein solcher Vertheidiger der Tugend von einem einzigen Cerclesbesitzer binnen wenigen Monaten 70,000 Francs bekommen. Da die Gesellschaft auf dem Diebstahl der Capitalistenklasse an der Arbeiterklasse beruht, so ist die Justiz auch nur dazu da, den Diebstahl zu beschützen. Deshalb stehen heute die tugendhaften „Meisterfinger“ der Presse, welche willens waren, in ihrer Weise die Eigenthümer der Cercles in ihrem Beruf als Diebe zu stören, vor dem Strafgerichte.

Traurig, tieftraurig! Die Justiz verbietet den Angehörigen der Capitalistenklasse, tugendhaft zu sein.

Politische Rundschau.

Die Scandaliscene im Reichstag, die am Mittwoch ein Mitglied des Bundesraths durch sein — gebildetes Benehmen verursachte, veranlaßt den „Vorwärts“ zu folgender Betrachtung: „Ein Glück für die Herren am Bundesrathstische, daß die Zuchtrute, die der Reichstag sich am vorigen Sonnabend gebunden, nicht für die Herren am Bundesrathstisch gilt, sonst hätte sie heute an einem derselben probirt werden müssen. Herr von Derken, der Bevollmächtigte Mecklenburgs, hatte die Stirn, von einem Abgeordneten — Richter — zu sagen, die Aeußerungen desselben hätten „empörend alle“ „stehende John gesprochen“. Das war denn doch selbst diesem Reichstag zu arg. Einer der Leute, die „den Ton des Hauses herabdrücken“, war jetzt in flagranti ertappt, und laut und immer lauter ertönte der Ruf: Zur Ordnung! Zur Ordnung! Und dazwischen auch der Zuruf an den Präsidenten: Bedecken Sie sich! Heben Sie die Sitzung auf! Im Nu war der sonst so ruhige Mittwoch in stürmischer Erregung. Präsident von Levegow kämpfte einen Augenblick mit sich selbst — das formelle Recht, ein Mitglied des Bundesraths zur Ordnung zu rufen, hat er nicht — dank der Schwächlichkeit unseres Parlamentarismus —; aber ein so grober Verstoß gegen parlamentarische Sitte durfte nicht ungeahndet bleiben. Und Herr von Levegow verzog den Major und fühlte sich nur als Präsident des Reichstages. Unter Todtenstille des Hauses erklärte er hell und scharf: „Die Aeußerungen des Herrn Bevollmächtigten vertragen sich nicht mit der Ordnung des Hauses.“ Lautes Bravo! von der Linken und aus der Mitte des Hauses bis hinein in die Rechte begrüßte die Worte des Präsidenten, während der unglückliche Mecklenburger Bundesrath leichenblau da stand und vergebens in den Gesichtern seiner verdubelten Kollegen Trost und Rath suchte. Dem Gezückigten blieb nichts übrig, als die Züchtigung ruhig hinzunehmen, und beschämt zog er sich, nachdem er mit seinem sächsischen Kollegen ein paar Worte gewechselt hatte, und vom Präsidenten, den er verlegen anschaute, mit einem nicht mißzuverstehenden Achselzucken abgewiesen worden war, langsam in den Hintergrund zurück, ohne einen Laut des Protestes. Was er thun wird? Den Präsidenten beim Bundesrath der Kompetenz-Ueberschreitung anklagen? Wir wissen es nicht. Was wir aber wissen, ist, daß die Bank des Reichstags sich seitens der Herren vom Bundesrath keine „mit der Ordnung des Hauses

Miß May vergaß diesmal ganz, nach Andree zu fragen, der gerade abwesend war.

Es sah jetzt traurig aus in dem Hause der in Arrillostraße. Es war, als ahne es den Untergang, den Ruin. Die Diensthöter, welchen man mit Ausnahme der alten Korine gelagt hatte, sie möchten sich nach anderen Stellen umsehen, waren mehr damit beschäftigt, als mit ihrer Hausarbeit. Und wenn sie wieder kamen, sprachen sie nur noch im Flüsterton mit einander und gingen auf den Zehenspitzen wie im Zimmer einer Sterbenden. Frau Savonay, die an ein braunes Leben gewöhnt war, war bei dem plötzlichen Zerbrechen des Unglücks ganz krafftlos und schwach. Sie meinte nur immer wie eine Verzweifelte. Ein Stinas bemerkte sie noch besonders, etwas, aber das sie nicht zu sprechen magte, an das zu denken sie sich fürchtete: Wenn die projectirte Piratth Germaine's Scheiterte! Der alte Dajault hatte ein Condoleanzbillet voll inhaltloser Ermahnungen zum Rath und zur Entsagung geschrieben. Er kündete seinen Besuch für die nächsten Tage an und übermittelte die Grüße seines Sohnes Henri, der plötzlich nach der Provinz gerufen worden sei. Boller Angst wartete sie nun auf den versprochenen Besuch. Drei lange Tage vergingen, endlich erschien der Erwartete. Seine Stimme klang noch weicher, seine Bewegungen waren noch abgemessener, seine Fährten roffen noch mehr von Mitleid, der Glorionschein von weißen Haaren umrahmte seinen Kopf noch patriarchalischer als früher.

Er umarmte Germaine väterlich, preßte die Hände

der armen Frau Savonay wie übermüthigt von dem Schmerz über ihr Geschick zwischen den seinigen und sprach bewegt von der grauenhaften Bestrafung, deren Opfer sie wären. Er hatte beinahe Thränen in den Augen, der vorwurfsvolle Mann. Er bedauerte auch's Tiefste, daß Andree in diesem Moment nicht anwesend war, dann hat er mit der Bemerkung, daß seine Zeit knapp sei, Frau Savonay um eine Unterredung unter vier Augen. Sie plärrte, der entsetzende Augenblick war gekommen.

„Ich muß Ihnen zu allem noch einen Schmerz beibringen, meine verheiratete Frau,“ begann er, „aber glauben Sie mir, ich leide mehr als Sie unter dem, was ich Ihnen zu sagen habe. Ich habe es niemals vorher wie heute empfunden, wie schwer es sein kann, eine Pflicht zu erfüllen. Jedes Sie sind Mutter wie ich Vater bin, und das ist es, was mir Rath giebt. Sie werden mich verstehen, und ich rechne sogar darauf, daß Sie mir helfen werden, meine Aufgabe zu Erde zu führen.“

Frau Savonay erbleichte. Sie sprach kein Wort. Wie der Kranke, der operirt wird, in dem Augenblick, wo die kalte Pinzette in das zuckende Fleisch bringt, so sah sie regungslos da. Dajault ließ einen tiefen Seufzer aus und fuhr fort:

„Was wollen wir alle helfen? Das Glück unserer theueren Kinder, nicht wahr? Wir hatten geglaubt... wir hatten darauf gerechnet, sie glücklich zu machen, dadurch, daß wir sie verheiratheten. Aber Sie wissen wie ich, daß das Leben kein Roman ist, verheiratete Frau

und Sie haben seiner Zeit mit Rücksicht hierauf klug verlangt, daß Henry sich erst eine Stellung erringen solle, ehe Sie ihm die Hand Ihrer Tochter geben würden. Sie hatten Recht, hundert Mal Recht. Die Eltern dürfen ihre Kinder nicht der Noth aussetzen, sie dürfen es nicht dulden, daß sie Sorgen bei der Begründung eines Haushalts auf sich nehmen, in die sie sich vielleicht mit der Unbesonnenheit, die ihrem Alter eigen ist und in der thörichten ersten Liebesgluth stürzen würden. Sie werden mit mir als richtig anerkennen, was hoffe ich sicher, daß ich unter den neuen Verhältnissen, in die uns eine ebenso ungewohnte wie bedauernehwerthe Katastrophe verlegt hat, daß ich da meinem Sohne nicht mehr gestatten kann, seine schönste Hoffnung zu verwirklichen. Ich erlaube mir noch hinzuzufügen, daß ich damit ebenso im Interesse Germaine's wie in dem meines Sohnes handle.“

Frau Savonay lächelte halb ironisch-schmerzlich, halb verächtlich-ungläubig. Dajault, der es bemerkte, fuhr salbungsvoll fort:

„Ach! Ich weiß, unsere beiden unglücklichen Kinder werden zuerst schwer darunter leiden. Sie werden es nicht sehen, daß wir sie zu ihrem eigenen Besten von einander trennen. Sie können ja unsere Erfahrungen noch nicht haben. Ich werde zweifellos die Gefühle meines Sohnes bekämpfen, ich werde von meiner väterlichen Autorität Gebrauch machen müssen. Aber ich weiß, was ich vor meinem Gewissen verantworten kann.“

(Fortsetzung folgt.)

nicht verträglichen Aeußerungen" mehr gefallen lassen wird. Bleibt die Geschäftsordnung nicht genügenden Schutz, so tritt Selbsthilfe ein. Bedenkt ist der Zwischenfall sicher noch nicht. Er wird voraussichtlich zu Vorstellungen des Bundesraths führen, der seine "Rechte" nicht beeinträchtigen lassen will. Herr von Lepow hat aber seine Worte so glücklich gewählt, daß das formale Recht des Bundesraths nicht verletzt, und die Würde des Reichstags doch gewahrt ist. Der indirecte Ordnungsruf, den der Bundesraths-Bevollmächtigte v. Dergen heute erhielt, war ein wirkliches parlamentarische Ereignis und er hat die schmachvolle Pflui-Comödie des 6. December zum Theil wieder gut gemacht. —

— Den Staatsstreich empfiehlt der bekante nationalliberal angehauchte Militärschriftsteller Generalleutnant z. D. v. Boguslawski in einer Broschüre "Vollkampf, nicht Scheinkampf, falls in diesem oder in einem aufgelösten Reichstag nichts zu erreichen wäre, um die socialdemokratische Agitation einfach zu unterdrücken. Da hätten wir also eine Verberrlichung des Hochverraths in aller Form, und zwar durch einen inactiven preussischen General im Kampf „für Religion, Sitte und Ordnung“.

— Gegen die Umsturz-Verge haben sich nunmehr auch bürgerliche Frauen öffentlich erklärt. In der „Ethischen Kultur" befindet sich eine von dreißig Frauen unterzeichnete Erklärung gegen diese Vorlage, in der es besonders über § 130 und dessen Begründung heißt:

„Dagegen erklären wir: Durch die Annahme dieses Gesetzes wird die Ehe und die Familie nicht geschützt, sondern geschädigt. Denn nur durch die freieste Kritik der gegenwärtigen sittlichen und wirtschaftlichen Zustände, welche Ehe und Familienleben aufs schwerste und nachhaltigste erschüttern, wird eine Wandlung zum Besseren herbeigeführt werden können, die es ermöglichen wird, daß das Volk „die Achtung vor den sittlichen Institutionen" nicht verliert. „Beschimpfende Aeußerungen" gegen Ehe und Familie gefährden das sittliche Leben des Volkes nicht so sehr, als die gesetzlich sanctionirte und organisirte Unsittheit es thut; und nicht durch „Rundgebungen" werden „weite Bevölkerungskreise" zu dem Glauben verführt, daß die Grundlagen unseres Lebens auf „Unwahrheit und Ungerechtigkeit" beruhen, sondern durch eine Gesetzgebung, welche die Hälfte des Menschengeschlechts, die Mütter der Staatsbürger mit Unmündigen, Wahnfinnigen und Verbrechern auf eine Stufe stellt; welche den Mann, dessen zügelloses Leben sich noch an Weib und Kindern rächt, seiner Ehre nicht beraubt, das Weib aber der lebenslänglichen Schande preisgibt. Wir protestiren gegen die Einführung eines Gesetzes, das uns verbieten will, zum Wohle des Vaterlandes vor der Oeffentlichkeit die Ehe und die Familie zu schützen, indem wir die Zustände aufdecken und die Feinde kennzeichnen, welche ihren Frieden und ihre Heiligkeit gefährden.“

— Die „nothleidenden Landwirthe" sind also wieder einmal so recht „beisammen gewest". Aus den Reden, die sie auf ihrer Generalversammlung hielten, klang das gesicherte Selbstbewußtsein des wiederverjöhnten Agrariertums vernehmlich heraus. Die adeligen Herren, die die Königstreue in Erbpacht haben und für Gesetz und Ordnung schwärmen, erklärten durch den Mund des v. Wangenheim — wir citiren nach der „Kreuzzeitung" —: „Man hat gegen den Antrag Rantig angeführt, daß er den Handelsverträgen widerstreite. Da möchte ich daran erinnern, wie Fürst Bismarck über die Rechtsverbindlichkeit der Verträge geurtheilt hat. Er sagte: „Keine Großmacht könne auf die Dauer gegen ihre Existenzbedingungen am Vorklaute der Verträge leben bleiben.“ Friedrich der Große stellte die Frage auf: Was besser sei, daß das Land zu Grunde gehe, oder daß der Fürst einen Vertrag breche, und meinte, nur ein Thor könne das erstere lagern. (Lebhafter Beifall.) Auch im gewöhnlichen Leben spricht man von Verträgen, welche gegen die gute Sitte geschlossen werden. Und jedes Gericht annullirt solche Verträge. (Bravo.)" Merken wir uns das. Der Vertrag ist ein verfassungsgemäß zu Stande gekommenes Reichsgesetz. Herr v. Wangenheim — und das Gleiche befundeten die übrigen Anwesenden durch lebhaften Beifall — nimmt für das Volk das Recht in Anspruch, im Interesse der guten Sitte ein solches Gesetz abzuschaffen. Ganz unsere Ansicht. Mögen die Herren daran denken, wenn sie sich später im Interesse des Bodenmonopols und der gesetzmäßigen Volksausbeutung auf den „Rechtsstandpunkt" stellen wollen, wenn wir die gute Sitte zur Geltung bringen. Der Agent des Bundes der Landwirthe, Dr. Suchsland, der einst als Organisator

des berufenen Arbeitgebervereins für die Provinz Sachsen sich die Sporen geholt hat, rief aus: „Die staaterhaltenden Elemente, in erster Linie die Landwirthe, sind gezwungen, ihre edelsten Güter gegen die Umstürzler zu vertheidigen.“ Edelste Güter, Schnapsliebhaberei, Zuckerprämie, Hungersteuern! Herr v. Bloek, dem der Kaiser soeben über „sensationelle Agitation" den Text gelesen hatte, erklärte: Wohin der deutsche Landmann so gern mit Vertrauen blickte, bei den höchsten Vertretern der verbündeten Regierungen fand unser Vorgehen kein Verständniß, kein Wohlwollen. Warnungen und Mahnungen lönten uns entgegen. Wir aber brauchten nicht gewarnt, nicht ermahnt zu werden, wir wußten, was wir wollten, schon die Tiroler-Verammlung legte berebtes Zeugniß davon ab, daß wir auf patriotischem, königstreuem Boden standen, daß unsere erste Fürsorge der Stärkung der vaterländischen Wehrkraft galt. Seit jenem Tage haben wir den loyalen Boden nie verlassen. Unser Kampf galt einer Gesetzgebung, welche die ländlichen Interessen aufs schwerste schädigte, und welche schließlich die Fundamente für Thron und Altar untergraben mußte. Unser Kampf wandte sich gegen diejenigen Regierungsvertreter, welche nach der Ansicht von Millionen treuer Deutschen unheilbringend für unser theures Vaterland arbeiteten. Diese warfen uns Treueverrat vor, wir aber waren vom ersten bis zum heutigen Tage loyal vorgegangen, loyal können wir gar nicht sein, denn die Treue zu Kaiser und Fürst wie die Gottesfurcht ruhen tief und fest in den Herzen derer, welche die heimathliche Scholle bebauen.“ Das ist deutlich. —

— Das Ableben des Reichsgerichtsrath Bähr haben wir schon gemeldet. Die „National-Zeitung" theilt nun mit (was übrigens schon länger bekannt war), daß der Verstorbenen der Verfasser jenes Artikels gegen die Proceßführung des Herrn Brausewetter war, wegen dessen Aufnahme die „National-Zeitung" und wegen dessen Abdrucks der „Vorwärts" zu je 600 Mark Geldstrafe verurtheilt wurden. — Wie muß es um unser Pressegesetz bestellt sein, wenn selbst ein Reichsgerichtsrath sich in dessen Schlingen fangen konnte! Und wie kann man es — moralisch — entschuldigen, einen socialdemokratischen Redacteur event. zu vielen Jahren Gefängniß zu verurtheilen, der nicht genau unterscheiden konnte, „was gut und böse sei", wenn sogar einer der höchsten Gerichtsbeamten des Reiches über die Fallstricke des Gesetzes stolpern kann!

— Den Schlotbaronen wird der Aufschwung der Junkerschaft peinlich. Die „Kölnische Zeitung", die berufene Wortführerin des mobilen Capitals, bemerkt zu den neuen agrarischen Forderungen, der agrarische Uebermuth würde nie einen solch' bedrohlichen Charakter angenommen haben, wenn nicht die Berliner maßgebenden Kreise den Rückzug vor dem Ansturm der ostelbischen Agrarier angetreten hätten. Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe dürfte nicht gestatten, daß Abenteuerer, Projectenmacher und nominelle Besitzer großer Güter, auf denen jeder Ar und jeder Palm verpflanzet sei, Einfluß auf den Gang der deutschen Dinge gewinnen. Im Lande fange man an, sich zu beunruhigen, und frage sich, ob die Gruppe Miquel-Kölller gegenüber dem Fürsten Hohenlohe nicht dieselbe anmuthige Rolle spiele, wie die Gruppe Miquel-Eulenburg gegenüber dem Grafen Caprivi, und ob sie sich nicht als mächtiger erweisen werde, als der Reichskanzler. — Nachdem der Nationalliberalismus aus Angst vor dem rothen Gespenst ein Volksrecht nach dem andern verrathen hat, erschrickt er davor, daß die geriebenen Junker die Kasanien schmunzelnd verzehren, die das Bürgerthum ihnen aus dem Feuer geholt hat.

— „Ausgetreten" ist der bekante Herr Neuß, der so lange „im warmen Nest" der Polizeianarchisten geessen, aus dem deutschen Schriftsteller-Verbande. Natürlich ganz „freiwillig".

— In Sachen der Unterstützung der schweizerischen Volksschule durch den Bund scheint nun doch etwas geschehen zu sollen. Der appenzellerische Correspondent der „Neuen Züricher Zeitung" berichtet, daß das eidgenössische Schuldepartement Anordnungen getroffen habe, daß durch geregelten Turnunterricht, sowie durch Verabreichung von Nahrungsmitteln die Schüler, besonders armer Cantone physisch gehoben werden sollen. Auch die Lehrmittel sollen unentgeltlich an die Schüler abgegeben werden. Daß eine derartige Unterstützung noth thut, sieht selbst die „Neue Züricher Zeitung" ein. „Ein solche Verordnung" schreibt das Blatt, „würde wohl nirgends freudiger begrüßt werden als in armen Landbezirken, wie sie sich im appenzellerischen Hügelland und den Bergcantonen finden, wo die gesunde, natürliche Lebenskraft in Folge einer unglaublich larmen Nahrung schon beim Kinde darbt und erstirbt. Daß

durch die physische Hebung der Schuljugend auch das geistige Niveau derselben erhöht würde, ist nicht zu bestritten. Sit mens sano in corpore sano (ein gesunder Geist in einem gesunden Körper) sagt jener alte römische Satiriker und bezeichnet damit das größte Ziel der Volksschulpflege und ihre zwiefache Aufgabe besser als manche vielbändigen Lehrbücher moderner Schulmänner." Das ist sehr richtig gesagt, und die Lehrer, welche sich noch immer dagegen wehren, die Volkserziehungsfrage wie jede andere Culturfrage als einen Theil der großen socialen Frage anzuerkennen, mögen sich an der capitalistischen „Neuen Züricher Zeitung" ein Beispiel nehmen.

— Aus Holland wird geschrieben: In früheren Jahren organisirten die Socialisten in Amsterdam, Rotterdam, Haag u. Rundgebungen der Arbeitslosen, um die Behörden zur Beschaffung von Arbeit zu veranlassen. Zu dem Zwecke wurden aus der Mitte der Arbeitslosen Comitees gewählt, welche die nöthigen Schritte zu thun hatten, die denn auch meist einigen Erfolg aufzuweisen hatten. Im letzten Jahre beschloßen aber die Anarchisten auf ihrer Conferenz in Amsterdam am 16. September, die Arbeitslosen nur zusammenzurufen, um „ihr revolutionäres Bewußtsein wachzurütteln", nicht aber, um Schritte zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit zu thun. Im Anfang des Winters riefen denn auch die Anarchisten die Arbeitslosen auf, aber diese kamen nicht. Die ganze Bewegung, die sonst Tausende umfaßte, blieb jetzt auf einige Hundert beschränkt und in Folge dessen ward von den Behörden auch nichts gethan und die Arbeitslosen hungerten mehr als je. Endlich hat man doch eingesehen, daß diese Anarchisterei gar zu dumm war und jetzt soll wie früher vorgegangen werden, zu welchem Zweck eine große Versammlung der Arbeitslosen in Amsterdam einberufen ist.

— Die russischen Hoffnungen auf ein constitutionelles Regiment des neuen „Väterchens" werden immer gründlicher in ihr Nichts aufgelöst. Die Mitglieder der Semstwo von Twer, die an den Czar Nicolaus II. die Petition um Theilnahme der Ständevertreter an der Verwaltung der inneren Angelegenheiten gerichtet hatten, sind einer vom Czar dictirten Strafe unterzogen worden. Auf die an den Minister des Innern zurückgelangte Petition der Twer'schen Semstwo schrieb Nicolaus II. folgende Resolution: „Allen Abelsmarschällen des Gouvernements Twer eine strenge Rüge ertheilen; den Deputirten Roditschew, der die Petition anregte, des Wahlrechts für immer entkleiden." Außerdem hat Minister Durnowo ein Mitglied der Twerer Semstwo, den bekanten russischen Nationalöconom und Publicisten Golowatschew, von der dreigliedrigen Deputation, welche dem Czar sich vorstellen sollte, ausgeschlossen.

Wie man uns behandelt — ohne Umsturzgesetz.

— Mit den Lippen gewackelt hatten einige Dresdener Parteigenossen, und zwar sollte das im Takte des Socialistenmarsches geschehen sein. Sie wurden deshalb mit einem Strafmandat in der Höhe von 20 Mark bedacht, weil die Polizei das Singen obigen Liedes auf der Cassafestier verboten hatte. Das Schöffengericht bestätigte das Strafmandat, trotzdem nicht erwiesen werden konnte, daß die Angeklagten wirklich gesungen hatten; die Gendarmen hatten nur das „Wackeln mit den Lippen" gesehen. Die Berufung, die Genosse Reichardt hiergegen einlegte, ist nun dieser Tage vom Dresdener Landgericht ebenfalls verworfen worden.

— In Naumburg (Sachsen) fand eine Volksversammlung statt, in der Genosse Heintze über: Die amtliche Criminalstatistik des deutschen Reiches, betrachtet vom Standpunkt der modernen Arbeiterbewegung, sprach. Während des Vortrages fiel ein Zwischenruf. In der Discussion bemerkte der Vorsitzende, daß er den Zwischenruf nicht gerügt habe, weil er ihn für ganz zutreffend gehalten habe, denn die Urtheile des Herrn Dr. Becker . . . Bei Nennung dieses Namens wurde ihm vom überwachenden Beamten das Wort entzogen, und da er sich nicht sofort fügte, folgte die Auflösung der Versammlung.

— Genosin Clara Zettin hat in den letzten Tagen in Werbau und Kappel sprechen sollen. Weidematl wurde aber die Versammlung verboten, und zwar in Kappel bei der Oeffnung, weil die Thüren des Rathausganges nach innen schlugen. Ein solcher Grund leuchtet zwar nicht Jedermann ein, aber für die Polizei genügt er zum Verbot einer Versammlung.

— In Braunschweig wurde am Sonntag zum zweiten Mal die Mitglieder-Versammlung des Verbandes der Erd-, Fabrik- u. Arbeiter und Arbeiterinnen aufgelöst. Ein Vortrag des Genossen Brode über Streits und Boykotts mußte, um eine Auflösung zu vermeiden, abgesetzt werden. Es dann bei einer vorgekommenen Statusentklärung Genosse B. auf die Bestimmungen über Arbeitseinstellungen zu sprechen kam, erfolgte die polizeiliche Auflösung.

— Aufgelöst wurde eine Versammlung der Drucker, Formsetzer und Berufsgeoffenen in Leipzig-Sonnenwitz, weil der Vorsitzende die Verhandlungen auf zwanzig Minuten vertagte.

Zur Confirmation

Complete Anzüge schon v. 5 Mk. a.

Eduard Freund

57, Meuschestraße 57, Ede Hinterhäuser.

Deutscher Kronprinz, Kurzegasse 50/52.

Sonnabend, den 23. Februar 1895:

II. Stiftungs-fest

der freien Vereinigung aller in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Breslau's bestehend in Tanzfränzchen und humoristischen Vorträgen.

Anfang 8 Uhr.

Entree Herr incl. Dame 60 Pfg., einzelne Dame 30 Pfg.

Hierzu ladet alle Kollegen und Kolleginnen, Genossen und Genossinnen freundlichst ein
 Der Vorstand.
 Eintrittskarten sind Anderssohnstraße 4 bei Menzel, im Vereinslocal bei Stasinowsky, Junkernstraße 20 und bei den Mitgliedern zu haben.

Stadt-Theater.

Freitag:
 „Don Carlos.“
 Sonnabend:
 Der Widerspännigen Zähmung.

Lobe-Theater.

Freitag:
 „Galati.“ — „Die stille Wache“
 Sonnabend:
 Zum Benefiz für Max Doewe
 Zum 1. Male:
 „Bernard's Ehecontract.“
 (Un fil à la patte.)
 Bons ungiltig.
 Parquet 2,50 Mk.

Victoria-Theater

(Sinnstimmiger Sarcas.)
 Täglich:
 Specialitäten - Vorstellung.
 Anfang 8 Uhr.

Eppmann's

Wellberühmtes Panoptikum
 Ohlauerstraße 64.

Neu! Sachen angekommen:
 Das Colossal-Gemälde von dem schrecklichen Unglück beim **Untergang der „Eibr“** ist von heute ab ausgestellt.
 Außerdem der einzig existierende Miniaturnachbild **Dobos János.**
 Außerdem in der **Berkrecher-Gallerie**
 August Scheffler, Alois Thiem u. a. m.
 Eintritt 50 Pf.
 Betriebsbillets gültig. 3542

Empfehle meine angenehmen

Restaurations-Localitäten
 einer geneigten Beachtung.
 Jeden Sonnabend: 3457

Eisbeine.

W. Menzel vorn. Galle,
 4 Anderssohnstraße 4.

Breslau's größte u. billigste Schuhmacher-
 in Schuhmacherwerkstätten
 51 Albrechtsstraße 51
 Herren-Schuhmacherwerkstätten
 Damen-Schuhmacherwerkstätten
 Familien-Schuhmacherwerkstätten
 Kinder-Schuhmacherwerkstätten
 in auffallend billigen Preisen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

(Sektion der Schlosser).

3548
 Sonntag, den 24. d. Mts., Vormittags 11 Uhr
 in Edlich's Local zu den „3 Tauben“, Neumarkt 8:
Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Die Arbeitslosen-Unterstützung. Referent: D. Schüs. 2. Wahl des Delegierten zur Generalversammlung. 3. Bericht über den Ort-Verwaltung.

Weihrauch's Stabliß, Lohstr. 45/47 (Königsgrund)

Sonnabend, den 23. Februar 1895:
Grosser maskirter u. unmaskirter Ball
 arrangirt vom
M.-G.-V. „Arona“ (Breslauer Kohlarbeiter)
 Einlaß 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr.
 Karten bei Mitgliedern und in Commaanditen zu haben.
 Der Vorstand.

Georg Dienstfertig

Schnittwaaren- u. Wäsche-Geschäft
 Friedrich-Wilhelmstr. 77, 2. Laden vom Königsplatz links
 empfiehlt sein reichhaltiges Lager in
 Kleiderstoffen, Leinen, Cattune, Züchen, Julettis,
 Herren- und Damen-Wäsche
 fertige Confection
 zu fabelhaft billigen oder freywilligen Preisen.
 Größte Auswahl in Arbeiter-Hosen, Hemden und -Blousen.
 Jeder Käufer erhält eine Gratis-Zugabe.

Fabrik von Arbeiter Sachen

Spezialität: Arbeitshosen.

E. Liedecke, Stadgasse Nr. 30.
 En gros. 2478 En détail.

Herren- u. Knaben-Garderobe aller Art

V. Liepelt,
 Confectionshaus „Solidarität“,
 Nr. 63a, Nicolai-Strasse Nr. 63a,
 Ecke Neue Welt-Gasse.
 Befehlungen nach Wunsch werden in kurzer Zeit gut und sauber ausgeführt.
 Jede der Arbeiterzeitung ist es, dieses bei ihren Einkäufen zu berücksichtigen und gegenseitig Solidarität zu üben. Arbeiter, Genossen, es gilt für uns das bemerkenswerte oder Sympathie die doppelt Unterstützung zu bekämpfen!
 Die Central-Commission der deutschen Schneider u. Schneiderinnen.
 Ein Berlin.

1 Schlafstelle zu vermieten bei Persicke, Wallfischgasse 7, I. 3547

Damen-Gamaschen
 fest und wasserdicht 4,50 Mk.,
 Damen-Gamaschen, Doppelsohle mit Kappe 5,50 Mk.,
 Damen-Filzstiefeln zum Schneiden und mit Gummizug, 2sohlig 6,50 Mk.

Herren-Gamaschen
 mit Doppelsohle 7 Mk.
 Herren-Gamaschen auf Rand, leicht und haltbar 7,50 Mk.

Herren-Gamaschen, elegant mit Besatz Knöpfen 8,00 Mk.
 Gute Schuhmacher-Filzschuhe für Herren Damen u. Kinder, Knopfstiefeln, Schnür- und Schafstiefeln, in Luch-, Filz und Leder für Kinder in jedem Alter, in großer Auswahl.
 Sammischuhe für Herren 4,50 Mk.
 Sammischuhe für Damen 2,50 Mk.
 Sammischuhe für Kinder in bester Qualität 2,00 Mk.

Ludwig Herz,
 Breslau, Blücherplatz 4,
 (neben der Mohren-Apothek).

!! Cigarren !!
 vorzüglich und billig empfiehlt
Oskar Betz
 2. Markertstraße 2. 3102

F. Weich,
 Friedrich-Wilhelmstr. 5.
 Neueste Bezugsquelle für 2716

Herren- u. Knaben-Garderobe.
 Große Auswahl, spotbillige Preise.
F. Weich,
 Friedrich-Wilhelmstr. 5.
 Anfertigung u. Maß sehr u. billig.

Der Wahre Jacob
 Nr. 224,
 Hofstr. social. Wirtshaus.
 Preis 10 Pfennig.
 Zu beziehen durch alle Colporteurs.



Das giebt sich!
 Kind, wie bist Du gegen früher:
 Ist Dir etwas denn nicht recht?
 Ja, mein Freund; Dein **Leberzieher**
 Wird jetzt schon gewaltig schlecht!
 Du verjämähst selbst meine Nase,
 Die Du sonst so lieb gehabt?
 — Das macht bloß, weil Deine **Hose**
 Und Dein **Kost** so abgeschabt!
 Ist das Alles? Nun das giebt sich —
 Bald erhälst Du den **Verweis**;
 In der **„Goldnen 74“**
 Hol ich mir zum halben Preis.
20% billiger wie überall
 zu streng festen Preisen,
 die deutlich in Zahlen vermerkt sind.

Schlaftröcke
 vom einfachsten bis zum hochgelegantesten mit Sammet und Seide ausgestattet
von 8 Mark an.
Inventur-Preise
Confirmation-Anzüge.

Bel.-Mantel	früher 45	jetzt 25
Winter-Paletots	36	21
Sachsen-Mantel	50	30
Winter-Joppen	18	12
Loden-	14	6
Winter-Hosen	12	7
Hose u. Weste	14	8
Kaisermantel	30	17
Herren-Anzüge	27	14
elegante Anzüge	45	21
Schlaftröcke	27	13
Burschenanzüge	19	12
Frack-Anzüge	45	26
Salouanzüge	54	30
Brautanzüge	48	27
Lederhosen	6	3

„Goldene 74“
 74, Ohlauerstraße 74, 1. Et.
3 Mr. blauen Cheviot
 zu Anzügen für
nur 3 Mark 50 Pfg.
 Ladenpreis das Doppelte.



Musik-Instrumente.
 in alle Blas-, Streich- u. Schlag-Instrumente, Spielhosen zum Drehen u. selbstspielend, Musik-Automaten fertigt
E. Cohn, Kupfer- u. Schmiedestr. 17.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

43. Sitzung vom 21. Februar. — 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Tabaksteuergesetzes.

Reichsschatzsecretär Graf von Posadowsky: Der vorliegende Entwurf enthält einige wesentliche Änderungen gegenüber dem vorjährigen Entwurf. Die Veränderungen beziehen sich erstens auf Erhöhung des Zolles auf Importfabrikate statt der früher vorgesehenen Besteuerung derselben, dann auf die Beseitigung der Controle für die Tabakshändler, weiter in der Beseitigung der Controle für die Pflanzler und endlich hat die Regierung ihre Forderung in Bezug auf den Mehrertrag gegen das Vorjahr um 13 Millionen ermäßigt. Durch den Beschluß der Budget-Commission ist die Spannung im Etat von 33 Millionen auf 19 Millionen ermäßigt worden, es ist mir aber zweifelhaft, ob das Plenum diesem Beschluß zustimmen wird. Im Jahre 1896/97 wird ein Mehrbedarf von 39 Millionen nötig sein. Wenn man bedenkt, daß für die Ausgaben der Militärvorlage noch acht Millionen aufzubringen sind, so wird man die Vorlage aus der Finanzlage des Reiches heraus als berechtigt anerkennen müssen. Der Reichstag habe, sei moralisch verpflichtet, die Deckungskosten nun auch aufzubringen. (Abg. Richter: Aha!) Man habe auf eine Reichserbschaftsteuer hingewiesen, doch die Verwirklichung einer solchen Steuer ist nicht möglich, da es an einem einheitlichen deutschen Erbrecht fehlt. Die Regierung schlägt nun eine Tabaksteuer vor, denn der Tabak ist ein unbedingter Luxusartikel, noch in viel höherem Maße als das Bier, das erst Luxusartikel wird, wenn es über den verhältnißmäßigen Durs hinaus genossen wird. (Heiterkeit.) Der Hauptgrund aber ist die Finanzreform, welche die Etats der Einzelstaaten auf eine feste vorauszufehende Grundlage stellen will. Wollte man die Biersteuer einführen, so würde Süddeutschland indirect noch erhöhte Matricularbeiträge tragen. Es giebt nun Intransigenten, die auf dem Standpunkt stehen, der Tabak dürfe unter keinen Umständen mehr als zur Zeit besteuert werden. Ein solcher Standpunkt läßt sich aber kaum discutiren. Andere haben wieder eine Zollerhöhung und eine parallel laufende Erhöhung der Inlandsteuer vorgeschlagen. Dieser Modus würde aber die Ungerechtigkeit der jetzigen Gewichtssteuer, die den Tabak nach der Masse und nicht nach der Qualität besteuert, noch steigern. Zolltechnisch läßt sich eine Erhebung nach dem Werthe gar nicht machen, weil der Tabak in großen Ballen ankommt und erst, nachdem er durch viele Hände gegangen ist, der edle Tabak von dem unedlen sich sondert. Redner schildert die Vorzüge der vorgeschlagenen Steuer für die einheimischen Tabakpflanzler. Die lästige Feldcontrole falle weg und die Steuererhebung rüde wesentlich vom Pflanzler ab nach dem Fabrikanten und Händler. Redner wüßte die Einwürfe zu widerlegen, die von den Tabakfabrikanten-Vereinigungen gegen die neue Steuervorlage gemacht worden sind. Er hebt hervor, daß die Steuer ganz gut zu ertragen sei. Es sei eine ganz unverantwortliche und frivole Behauptung, daß ein starker Consumrückgang eintreten werde. Man wisse gar nicht, was das Volk jetzt consumirt. Diese Behauptung sei nichts weiter als die frivolle Heze der Arbeiter gegen die Vorlage der verbündeten Regierungen. In den Monopolländern Frankreich und Oesterreich sei der Tabak noch viel theurer als er bei uns nach der neuen Steuer sein würde. Der Consum sei dort ein ganz bedeutender und man möchte doch sagen, was der österreichische Arbeiter für eine Cigarre bezahlen könne, müsse der deutsche Arbeiter noch lange bezahlen können. Die billigen Tabaksorten würden durch die Tabakfabrikationssteuer nur entlastet und verbilligt bis zur 5 Pfennig-Cigarre heran. Die ganze Agitation sei nur allerdings der Kampf der 5 Pfennig-Cigarre gegen die verbündeten Regierungen (Rufe: Au! und Oh!). Warum solle die Tabakindustrie in der Controle privilegiert werden gegenüber der Zucker-, Brauntwein- und Brauindustrie? Daß die Tabakfabrikanten freilich lieber als freie Söhne der Natur auf eigener Spur umhergehen wollen, sei ihm ja verständlich. Man habe im Vorjahre auf die Beibehaltung der 300 000 Kleinbetriebe durch die Controle hingewiesen. Die Regierung hat das herabgesetzt und die Controle auf einfache Buchcontrole beschränkt. Der Reichstag habe die Militärvorlage bewilligt und habe nun die Pflicht, die Mittel zur Deckung aufzubringen. Die Regierung werde über alle Einzelheiten mit sich reden lassen. Durch Annahme der Vorlage werde man dem Vaterlande einen Dienst erweisen. (Beifall rechts, Zwischen links.)

Abg. Müller-Julda (Ctr.) (auf der Tribüne fast unverständlich): Bei der Militärvorlage habe die Regierung versichert, daß die Kosten nicht auf die Schultern der armen sondern der wohlhabenden Gesellschaft gelegt werden sollten. Bis jetzt habe die Regierung dies Versprechen nicht eingelöst und deshalb habe sich das Centrum im Vorjahre ablehnend gegen die Tabaksteuer verhalten. Redner erkennt an, daß die neue Vorlage nicht unbedeutliche Verbesserungen gegen die vorjährige enthalte. Die Steuerätze seien ermäßigt und die belästigende Controle für die Kleinbetriebe gemildert worden. Trotzdem blieben schwere Bedenken hauptsächlich socialpolitischer Natur bestehen. Zweifelloß würden nach Annahme der Fabrikationssteuer sehr viele Arbeiter brotlos werden. Redner verweist die Festsetzung einer Entschädigung für sie in der Vorlage. Auch das System der Steuer sei bedenklich und der kostspielige Verwaltungsapparat kein Vorzug. Vielleicht liegen sich durch größere Sparsamkeit und nicht durch neue Steuern die Mittel für die Militärvorlage aufbringen. Wer garantire denn, daß die Regierung nicht nach ein paar Jahren mit neuen Steuervorlagen komme. Trotz aller Bedenken sei das Centrum einer Commissionsberatung geneigt. Vielleicht lasse sich dort ein berechtigter Kern herausheben, der höhere Einnahmen aus dem Tabak unter Vermeidung aller schädlichen Nebenwirkungen ermögli-

che. Das Centrum stelle sich jedenfalls vorläufig nicht auf einen pure ablehnenden Standpunkt zur Vorlage.

Abg. Clemm (natl.) ist für die Vorlage, weil sie den Tabakbauern große Erleichterungen bringe. Redner wünscht einen höheren Zoll auf unbearbeitete ausländische Tabakblätter, als ihn die Vorlage vorschlägt. Daß Arbeiter-Entlassungen in größerem Umfange stattfinden würden, sei nach den Erfahrungen von 1879 nicht anzunehmen. Der Consumt werde von der Belastung nicht viel merken; der Fabrikant werde die Cigarre einfach etwas kleiner machen. (Rufen links.) Redner tadelt es, daß die Fabrikanten ihre Arbeiter gegen die Vorlage aufbeizten.

Abg. Frese (frei. Vgg.) ist gegen die Vorlage, er glaube durch die Ablehnung der Vorlage eine große Industrie vor schweren Schädigungen zu bewahren und damit auch dem Vaterlande einen Dienst zu erweisen. Graf Posadowsky habe einmal gesagt, Luxussteuern bringen nichts ein, trotzdem empfehle er jetzt die Tabaksteuer, weil der Tabak ein Luxusartikel sei. Wie reime sich das zusammen? Nun sei unzweifelhaft der Tabak auch ein allgemeines Genußmittel. Die neue Vorlage werde Arbeiter-Entlassungen in größerem Umfange zur Folge haben und das sei für ihn ein wesentlicher Grund zur Ablehnung. Frhr. von Hammerstein habe das als Vertreter eines tabakbauenden Kreises auch anerkannt. In der Verminderung des Schutzolls könne er einen Nachtheil nicht erblicken, denn die Erhöhung des Schutzolls bedeute eine Prämie auf den Anbau schlechter einheimischer Tabake. Der Consum des ausländischen Tabaks werde stark zurückgehen und wenn man ihn auch noch so gering veranschlage, werde die Steuer im besten Falle 20 Millionen bringen, denen 5 Millionen unproductive Verwaltungskosten gegenüberstehen. Man habe sich über die Agitation der Tabakindustriellen beschwert, wenn der Bund der Landwirthe agitire, so sei Alles in schönster Ordnung, wehre sich aber eine stark beunruhigte Industrie, so nehme man das übel. Herr Leuschner habe gelegentlich der Währungsdebatte ein Wort für die Arbeiter in Silberbergwerken eingelegt, er wolle ein Wort für die Tabakarbeiter einlegen, die durch die Vorlage schwer geschädigt würden. Hannover, Westfalen, Sachsen, Hamburg und Bremen würden schwere Nachteile erleiden. Man verlange jetzt so oft nach der Hilfe des Staates, die Tabakindustrie verlange aber keine staatliche Hilfe, sondern nur, daß man sie nicht beunruhige. Deshalb bitte er das hohe Haus, die Vorlage abzulehnen. (Beifall links.)

Abg. Graf Holstein (cons.) erklärt, daß der größere Theil seiner politischen Freunde der Vorlage freundlich gegenüberstehe. Ihre Zustimmung könnten sie aber erst im Laufe der weiteren Debatten im Hause und der Commission aussprechen, wenn noch verschiedene Bedenken beseitigt wären. Jede neue Steuer begegne zunächst in den Kreisen der Betroffenen starker Uebertreibung, so auch hier. (Sehr richtig rechts.) Bedacht müsse auf die Lage der Arbeiter genommen werden, andererseits müsse das Geld für die Militärvorlage doch beschafft werden und bleibe weiter nichts übrig als eine Tabak- und Biersteuer. Er habe sich ordentlich gefreut, als er heute vom Bundesraths-tische wieder einmal das Wort „Bier“ gehört habe. (Heiterkeit.) Einen Rückgang des Bierconsums befürchte er nicht, dazu kenne er den braven Deutschen zu gut. Der sagt sich: „Nun trinke ich erst recht, denn jetzt erweise ich ja damit dem Staate auch einen Dienst.“ (Große Heiterkeit.) Er hoffe, daß in der Commission eine Verständigung über die Vorlage erzielt werden werde. (Beifall rechts.)

Abg. Förster-Neuß alt. l. (Sociald.) Wegen die Tabaksteuer hat sich im vorigen Jahre fast das ganze Haus, haben sich alle Handelskammern, in deren Bezirk Tabakindustrie sich befindet, ausgesprochen, gegen die Steuer richtete sich eine Petition mit über eine Million Unterschriften, trotzdem hat die Regierung die Vorlage von Neuem eingebracht. Der Reichsschatzsecretär hat zwar heute auf die Veränderungen hingewiesen, welche die neue Vorlage gegenüber der alten aufzuweisen hat und die Erleichterungen angegeben, aber wer bürgt dafür, daß es bei den Erleichterungen bleibt, denn selbst in der Begründung heißt es, vorausgesetzt, daß der steuerfiscalische Zweck erreicht wird. Der kann aber nicht erreicht werden, weil die Vorlage mit einem so geringfügigem Verbrauchs- und Consumrückgang rechnet, wie er in Wirklichkeit sich nicht vollziehen wird und nicht vollziehen kann. Der Reichsschatzsecretär sagte in seiner Begründung, daß der Tabakgenuß ein reiner Luxus sei. Herr Frese hat bereits darauf hingewiesen, daß die Regierung sich sonst immer gegen Luxussteuern ausgesprochen habe. Ein Artikel, der von so weiten Kreisen der Bevölkerung gebraucht werde, kann doch nicht mehr als Luxusartikel gelten. Es muß übrigens im Volke peinlich berühren, wenn man hört, wie hier über einen so bescheidenen Genuß der erwerbsthätigen und arbeitenden Bevölkerung in den Feierabendstunden darüber verhandelt wird, ob das Luxus sei oder nicht. Nun der Tabak steht mit dem Kaffee und anderen Genußmitteln gewiß in einer Linie. Der Reichsschatzsecretär sagte, von den Monopolländern lernen wir, daß die Steuer pro Kopf der Bevölkerung noch erhöht werden kann. Wo aber der Arbeiter diese Last tragen kann, ist doch eine andere Frage. Wir können doch Niemanden zwingen zu rauchen, wenn ihm das Product nicht zusagt und daß die Steuer in der Qualität des Productes zum Ausdruck kommen muß ist klar. Da hört man die triviale Redensart: „Ach, geraucht wird immer.“ Gewiß wird immer geraucht werden, es wird nur weniger geraucht werden als bisher. Denn die Zahl derer, die das Rauchen mit einer gewissen Leidenschaftlichkeit betreiben, ist im Verhältniß zur Gesamtzahl der Consumenten sehr gering. Die meisten nehmen auf den Preis Rücksicht. Die neue Steuer holt aus dem Tabak das Mischmuthalige heraus, das ist nur möglich dadurch, daß man nicht das Material, das man auch den Arbeitslohn und den Unternehmergewinn zugleich besteuert. In dieser Art der Besteuerung kann ich nicht einmal einen Vortheil für die deutschen Tabakpflanzler sehen, weil man wiederum niemandem mehr rauchen lassen

nur deutschen Tabak zu rauchen. Jetzt wurden bei den billigeren Cigarren zwei Drittel inländischer und ein Drittel ausländischer verwendet, ehe die letzte Steuer ins Leben trat, war das Verhältniß grade umgekehrt. Jetzt wird der ausländische Tabak gar nicht mehr für billige Sorten in Betracht kommen. Soll aber der deutsche Tabak, namentlich die leichten Sorten, überhaupt einen Genuß gewähren, so muß er mit ausländischem Tabak vermischt werden. Der Reichsschatzsecretär hat sich beschwert, daß man die Rechnung auf den Pfennig mache. Wie soll das aber anders geschehen? Der Arbeiter kauft sich nicht eine Kiste Cigarren, er kauft sich ein, zwei Stüd. Da werden die Pfennig-Bruchtheile aufgerechnet werden müssen und bei der Fünftspennigcigarre wird der Preis jetzt 6 Pfennig ausmachen. Statt bisher 6 Cigarren wird der Arbeiter in Zukunft nur 5 Cigarren rauchen. Abg. Frese hat schon darauf hingewiesen, daß die hier aufgestellten Sätze nicht ausreichen würden, und der Abg. Müller sprach schon von einer Erhöhung der Procentätze. Je höher aber der Procentatz hinaufgeschraubt wird, um so enger wird der Kreis der Consumenten. Wir nähern uns dann dem Moment, wo der kleine unter dieser Fabrikationssteuer noch übrig gebliebene Rest der Fabrikanten der Regierung das Monopol auf dem Präsentirteller anträgt. (Sehr richtig links.) Der Reichsschatzsecretär sagt, die Regierung beabsichtige kein Monopol. Sind denn aber immer alle Absichten der Regierung auch erreicht worden? Beim Socialistengesetz z. B. war die Wirkung eine von Absichten direct entgegengesetzte. Und so wird die vielleicht unbeabsichtigte Folge dieser Vorlage das Monopol sein. Das bekannte Wort von dem Tabak, der noch mehr bluten muß, hat sich jetzt so weit gesteigert, daß der jetzt beabsichtigte Ueberlaß die Industrie zum Verbluten bringen muß.

Die Preisdifferenzen in den Löhnen zwischen Süd-, Nord- und Mitteldeutschland, sind, wie die Vorlage ausgiebt, sehr erheblich. Die norddeutschen Fabrikanten werden sehr schwer ihr Absatzgebiet bei den gleichen Löhnen behaupten können. Die Folge wird Reduction der Arbeitslöhne sein. Der Reichsschatzsecretär hat auf die luxuriösen Verpackungen hingewiesen. Wenn er mehr Einsicht in die Dinge hätte, so würde er wissen, daß dieser Plitter sehr schön aussieht aber wenig kostet. Fällt diese Verpackung aber fort, so haben die in der Vurnspapierfabrikation, in den Lithographien und Steindruckereien beschäftigten Arbeiter den Schaden. Der Schatzsecretär hat auf den Schutz hingewiesen, der den kleinen Fabrikanten in der neuen Vorlage zu Theil wird. Ich möchte bezweifeln, ob der kleine Fabrikant, wenn die Vorlage Gesetz wird, überhaupt noch existiren kann. Das wird von dem Fabrikantenverein voilauf bestätigt. Man streitet über die Zahl der beschäftigungslos werdenden Tabakarbeiter. Zahlen zu geben, ist da schwierig. Der Fabrikantenverein schätzt die Zahl auf 30—35 000, Herr Frese auf 17 000. Sicher wird die Zahl eine sehr große sein. Der Fabrikant wird den Consumrückgang sofort merken und die Production einschränken. Da die Maßregel in eine Zeit wirtschaftlicher Depression fällt, fürchte ich, daß die Zahl noch größer sein wird, als der Fabrikantenverein annimmt. Im Interesse der Industrie und der Tabakarbeiter ist es wirklich notwendig, daß die Leute endlich einmal wissen, woran sie sind. Dazu aber ist es notwendig, daß der Reichstag einfach erklärt, die Vorlage ist wegen ihrer socialpolitischen Consequenzen unannehmbar. Erst vor wenigen Tagen haben wir hier große Debatten über die „Hebung des Mittelstandes“ gehabt und jetzt müssen wir eine Vorlage beraten, die in ihrer nothwendigen Wirkung eine nach Tausenden zählende Menge kleiner Existenzen geradezu vernichtet. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Wie stimmt die „socialen Fürsorge für den Arbeiter“ mit einer steuerfiscalischen Maßregel überein, die Tausende von Arbeitern brotlos macht? Namens meiner Parteifreunde habe ich zu erklären, daß wir es nicht für nöthig halten, die Vorlage an eine Commission zu verweisen. Allen Leuten wird gerathen, sie sollten sich nach der Decke strecken — warum soll das nicht auch für die Regierung gelten. Der Herr Schatzsecretär sagt: Die Militärvorlage ist einmal angenommen worden, nun muß auch für die Deckung der Kosten gesorgt werden. Wir haben gegen die Militärvorlage gestimmt, haben es also auch nicht nötig, für die Folgen einzustehen. Nehmen Sie die Vorlage ab! Thun Sie es nicht, so können Sie nicht zu Ihrer Entschuldigung später sagen, Sie hätten die Wirkung der Steuer auf die Arbeiter nicht vorausgesehen. Es ist Ihnen gesagt worden, von den Vertretern der Industrie und von den Arbeitern selber. Unterbinden Sie nicht der Tabak-Industrie völlig die Lebensadern. Die Vorlage ist die letzte Etappe zum Monopol. Die Regierung macht freilich dabei ein ausgezeichnetes Geschäft, hat die Fabrikationssteuer die kleinen Fabrikanten erst wirtschaftlich völlig ruiniert, so daß sie verschwunden sind, dann braucht die Regierung bei Einführung des Monopols sie nicht mehr zu entschädigen. Hierzu sollte der Reichstag seine Hand nicht bieten. Ich empfehle Ihnen also, die Vorlage kurzer Hand abzulehnen. (Bravo bei den Socialdemokraten.)

Abg. Zimmermann (Antisemit): Nach der entschiedenen Ablehnung der Vorlage im Vorjahre habe ihre Einbringung in dieser Session überraschend wirken müssen. Die Verbesserungen, die angeblich an ihr vorgenommen seien, in Wirklichkeit Verschlechterungen. Die moralische Verpflichtung, nach Bewilligung der Militärvorlage für die Deckung zu sorgen, erkenne er an. Aber dazu hätte ja die Vorksteuer, wenn man die Börse nur etwas schärfer hätte anlassen wollen, schon die Mittel liefern können. Die progressive Einkommensteuer sei außerdem trotz aller Einwürfe durchführbar. Es sei bedauerlich, daß die Tabakindustrie aus der Beunruhigung nicht hervorkomme. Wieder werden die Großfabrikanten den Vortheil, die Kleinen aber den Nachtheil haben. Unbewußt besorge die Regierung wieder einmal die Geschäfte des Großcapitalismus. Die verberbliche Wirkung der Steuer auf die Tabakarbeiter sei unbestreitbar. Aus allen diesen Gründen sei seine Partei für Ablehnung der Vorlage. Wollte man aus dem Tabak nur einmal höhere

ländische Tabakfabrikate. Eine Commissionsberatung sei zwecklos; er und seine Freunde würden also für glatte Ablehnung der Vorlage stimmen.
Die Weiterberatung wird vertagt.
Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.
Schluß 5 1/2 Uhr.

„Die Noth des vierten Standes“.

Unter diesem Titel ist vor Kurzem ein Buch erschienen (bei Hr. Wih. Grunow, Leipzig), das in hohem Maße die Beachtung weiter Kreise verdient, leider aber bisher nicht gefunden hat, aus Gründen, die erklärlich erscheinen mögen, wenn man sich unsere gegenwärtigen politischen Verhältnisse vergegenwärtigt, die beherrscht von dem Bestreben, den „Umsturz“ zu bekämpfen, jede offene, wahrheitsgetreue Schilderung der socialen Lage der Arbeiterklasse als verheerend und die Umsturzideen besonders erscheinen lassen möchten. Und um eine solche, überaus klare, alle Kleinlichen Rücksichten und Vertuschungsgebühungen bei Seite lassende Schilderung der ganzen socialen Lage der Arbeiterklasse handelt es sich bei diesem Werke. Der Verfasser ist ein Arzt, nennt sich aber nicht, was uns nicht wundert, angesichts der Verfeinerung und niedrigen Gehaltsarbeiten, welchen diejenigen Angehörigen der Bourgeoisie, welche wagen, offen und frei die Wahrheit zu sagen über die herrschenden jammervollen Zustände, jetzt mehr denn je ausgesetzt sind von ihren Klassen-geossen, die meist mit verblendeter Wuth über alle herfallen, welche nicht die bestehende „Ordnung“ als überaus vortrefflich und unantastbar ansehen können.

Das der Verfasser nicht Socialdemokrat, sondern ganz unzweifelhaft ausgeprägter politischer Gegner derselben ist, erhöht den Werth seiner Arbeit um deshalb ganz wesentlich, weil ihm nun bei seinen ergreifenden, dem wirklichen Leben abgelauschten Schilderungen der Lage des Arbeiters nicht der Verdacht treffen kann, er wolle mit seiner Arbeit irgendwelche parteipolitische Zwecke fördern und zeidne deshalb zu stark und am Ende objectiv unwahr. Er hat sich, obwohl nach Erziehung und Bildung sehr mit der bürgerlichen Gesellschaft verbunden, in seinem Verufe eine innige Bekanntschaft mit den Lebensverhältnissen des Proletariats verschafft, hat sich weit über die Gepflogenheiten seines speciellen Standes hinaus einen freien, weiten Blick bewahrt und ist von wahrer Menschenliebe und lebhaftem Gerechtigkeitsgefühl befeuert. So konnte kein Werk gar nicht anders ausfallen, als wie es eben ausgefallen ist, es mußte eine mächtige, in seiner ungeheuren Einfachheit geradezu vernichtende Anklageschrift gegen das herrschende wirtschaftliche System und seine culturwidrigen, einer ganzen großen Klasse von Menschen Verderben bringenden Wirkungen werden.

Wenn wir im Nachfolgenden einen gedrängten Ueberblick dessen geben, was uns der unbekanntere Verfasser in den 248 Seiten seines Buches bietet, so wissen wir, daß wir den meisten unserer Leser nichts Neues geben. Aber mit größtem Interesse wird deshalb doch Jeder lesen, was hier ein Gegner der Socialdemokratie, aber ein warmführender und verständiger Mann, über die sociale Lage der Arbeiterklasse sagt und zwar sagt in so eindringlicher und bei aller Zurückhaltung kräftigen Weise, daß man gestehen wird: besser, überzeugter, wahrer kann das auch von socialdemokratischer Seite nicht gesagt werden, unbeschadet dessen, daß hier und da in dem verdienstlichen Werke feltüverständlich bürgerliche Anschauungen ein wenig härter anklingen.

Zahlreiche Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter sind, wie der Verfasser zunächst ausführlich, schon mit der am möglichsten Ausnutzung der menschlichen Kraft gerichteten Tageseinteilung in den Fabriken verbunden. Von früh sechs Uhr bis Abends sechs Uhr oder von sieben bis sieben Uhr wird gearbeitet, die Frühstückspause dauert eine Viertel bis halbe Stunde, die Mittagszeit eine Stunde. Die Thätigkeit wirkt schädlich nicht nur durch ihre Dauer, sondern auch durch ihre Einseitigkeit, da sie den Arbeiter oft zu einer sich gleich bleibenden, ermüdeten Stellung zwingt. Die Werkstätten sind überfüllt und wenig gelüftet, nicht immer bringen die Strahlen der Sonne hinein, und jede Freude, jede geistige Anregung fehlt jede Hoffnung auf Verbesserung der Lage. Die Klage ist nicht zu vermeiden; unter den Sprühen herrscht die Kartoffel vor, der Kaffee hat die alten guten Brot- und Weizenbrotten leider verdrängt, und zahllose Opfer fordern der Alkoholismus. In die Wohnung zu weit entfernt, um in der kurzen Pause er leicht aus wieder verlassen zu werden, oder arbeiten die Frau gleichfalls in einer Fabrik, so muß das häusliche Leben der Depressions herhalten. Die Politiker betrachten meist in sehr jungen Jahren, weil sie

von klein auf nur unter fremden Leuten gelebt haben und die Sehnsucht nach dem eigenen Heim empfinden; oft fehlt dann der nothwendigste Hausrath, und die junge Frau, die seit ihrer Kindheit in Fabriken beschäftigt war, hat niemals Kochen gelernt. Meistens muß ein solches Paar sich mit einer einzigen Stube begnügen, wenn es nicht gar noch mit anderen Leuten zusammen wohnt. Groß wird das Elend, wenn sich Krankheiten einstellen. Schon die erste Entbindung der Frau zeigt, wie sehr es an Geld, an Wäsche und Gerathen fehlt, und je mehr die Familie anwächst, um so schwieriger wird es, für die Einzelnen zu sorgen. Wenn der Arzt sagt, daß allein eine gute, nahrhafte Kost dem Kranken helfen kann, so antwortet ihm allzuoft ein bitteres Lachen. So lange nur die Kraft reicht, suchen die Kranken weiter zu arbeiten, mit rührender Sorgfalt beaufsichtigen sie die Kleinen und halten die Wirtschaft in Ordnung. Sind aber die Kinder krank, so können die Eltern selten so für sie sorgen, wie es nöthig ist, da sie den Tag über ihrem Verdienst nachgehen müssen.

Schwierig ist es dann auch, seine Saubereit zu beobachten, und das nahe Zusammenleben vieler Familienmitglieder, besonders der gesunden und kranken Kinder oft in demselben Raute, befördert die rasche Ausbreitung der Epidemien. Fürchterlich mühen Malern, Scharlach, Diphtherie und die Influenza, und zahlreich sind die Opfer der Tuberkulose.

Bringt man den Armen kräftiges Essen, das sie stärken soll in ihrem Leiden, so vermag es der Magen in Folge des langen verdröhnenden Hungers nicht zu vertragen. Treidem jedes Kind, das hinzukommt, eine neue schwere Last für die Eltern bedeutet, so ist doch die Liebe des Proletariats zu den Seinen groß, und der Verlust eines jeden Mitgliedes der Familie wird außerordentlich empfunden.

Gar im Argen liegen die Wohnungsverhältnisse. Dutzende leben mehrere Familien in einer Stube zusammen, meistens aber wohnen an einem gemeinsamen Corridor zwei bis drei, auch vier Familien, jede in einer Stube. Wenn irgend welche Plage vorhanden sind, die nicht benutzt werden, wie etwa eine dunstige Kammer, die Küche u. s. w., so werden sie an Huren oder Mädchen als Schlafstellen vermiehet. Daraus entstehen dann mannigfache Ungelegenheiten, denn die Fremden sind den Wirthshausleuten überall im Wege; besonders am Sonntag, wenn man gemüthlich unter sich sein will, fühlen die Schlafgänger, daß sie hören; sie ziehen auf die Tanzböden, wo sich für die Weiber voll Plage und Entbehrung und den Furch der Heimathlosigkeit zu entschädigen. Weiter sieht es mit den Wohnungen auf dem Lande aus, wo die Arbeiter nicht kalternmäßig eingepfercht, wie in der Stadt kaufen, wo man nicht auf bessere Löss, sondern ins Grüne blickt. Viele stehen weit von der Arbeitstätte auf's Land und können nicht den langen Weg, den sie nun täglich mehrmals machen müssen; haben sie sich in der Nähe der großen Stadt in einem ländlichen Vorort angeheftet, so benutzen sie die billigen Arbeiterhütten, in denen allerdings die hässlichste sanitäre Verhältnisse nicht in die wirte Klasse gestreckt werden sollten. Die Arbeitercolonien sind bisher unbillig schlecht, da sie zu maroden angelegt sind und keine Abreinerung in der Bauart der einzelnen Häuser zulassen.

(Fortsetzung folgt.)

Parteiangelegenheiten.

Eine interessante Entscheidung. Die zugleich recht lebhaft für unsere Verhältnisse anzuwendende Genossen sind, ging vor dem Genossen Robert in Berlin zu Am 1. August 1894 fand in Wolfenbüttel im Saale eine öffentliche Versammlung statt, zu welcher nicht nur die Genossen, sondern auch alle Personen, die den oberwähnten Genossen als Nicht-Genossen bekannt waren, der Zutritt ermöglicht wurde. Die Versammlung verhielt sich in der That einzig aus dem Grunde, weil H. als Nicht-Genosse nicht durchbrechen wollte. Gegen dieses ungesetzliche Verhalten des Beamten wurde zunächst bei der Versammlung zu Dresden Beschwerde erhoben, jedoch erfolglos. Die Regierung konnte nach der zwei Monate später eintreffenden Antwort nicht behaupten, daß das Verhalten des genannten Beamten in einem ein disciplinartischen Geschehen rechtfertigenden Art und Weise gegen das Beträgen verstoßen habe. Genosse H. beantragte sich hierbei ebenfalls nicht, sondern wurde sich beschwerend zu Anfang darüber an das Ministerium des Innern gewandt, in der nachfolgenden Sitzung, dann am 12. Februar 1896, also nach 4 Monaten, eingeleitet:

Ober-Präsident
der
Provinz Sachsen.

Stettin, 12. Februar 1896.

Am 12. Februar 1896 hat die Regierung des Innern geantwortet und es mich zur unangenehmsten Bestätigung ge langte Beschwerde vom 12. October d. J. betreffend die Handhabung des Verordnungs vom 11. März 1890 betreffend der Polizei-Verordnung zu Wolfenbüttel, erweise ich einer Beschwerde bei Abgabe der Anzeige, daß der in jener Beschwerde zunächst genannte Polizeibeamte be-

reits belehrt worden ist über das Irrige seiner Annahme, er sei verpflichtet gewesen, weil die fragliche Versammlung als „Bergarbeiter-Versammlung“ polizeilich angemeldet war, allen Nicht-Bergarbeitern den Zutritt zu verweigern und die Versammlung lediglich aus dem Grunde aufzulösen, weil ein Nicht-Bergarbeiter das Wort ergriff.

Da dieser Irrthum wesentlich dadurch hervorgerufen worden, daß der Unternehmer den Personenkreis, für welchen die Versammlung bestimmt war, in der polizeilichen Anmeldung näher bezeichnet hat, ohne hier zu durch eine gesetzliche Vorschrift verpflichtet zu sein, so liegt auch meines Erachtens zu einer weiteren disciplinartischen Bestrafung jenes Beamten ein Anlaß nicht vor.

Der Oberpräsident.
(Name unleserlich.)

Dieses Schriftstück ist ein „Meisterrück“ in seiner Art. Das Oberpräsidium sieht ein, daß der Beamte ungerecht gehandelt hat. Es möchte aber auch keine andere Entscheidung treffen, als das Regierungspräsidium. Folglich ist gegen den Beamten nicht disciplinartisch eingeschritten, sondern ihm nur eine „Belehrung“ erteilt worden. Und die famose Begründung. Weil der „Unternehmer“ nur Bergarbeiter-Versammlung angemeldet hat, konnte der Beamte in Irrthum gerathen! Also ist der eigentlich Schuldige, nur wegen der Auflösung disciplinartisch zu bestrafende, wohl der Versammlungs-Einberufer?! Außerdem steht in dem Actenstück kein Wort davon, daß den Frauen der Zutritt zu gestattet ist. Unsere Genossen sehen übrigens, daß es falsch ist, über die Art und Tagesordnung der Versammlung der Behörde mehr mitzutheilen, als vom Gesetz vorgegeschrieben wird. Ob nun das Versammlungsrecht besser gehandhabt werden wird? Wie wär's mit einem Curfus in der Gesetzeskunde für die Beamten, die mit der Auslegung resp. Handhabung der Gesetze betraut sind? U. u. w. g.

Aus dem „Schwarzen Münsterlande“, dem Reiche der Herren Hitze und Lieber, gehen dem „Vorwärts“ Mittheilungen zu, die dem Motto der Ultramontanen: „Für Freiheit, Recht und Wahrheit“ recht wenig entsprechen. Am Sonntag, so heißt es in dem Schreiben, waren mehrere Arbeiter und Genossen gemüthlich in einer Wirthschaft, als plötzlich drei Männer des Gesetzes erschienen, der eine mit den Worten: „Ich löse die Versammlung auf.“ Als ihnen erwidert wurde, daß eine Versammlung nicht stattfindet, rief der Communist: „So löse ich die Gesellschaft auf und fordere Sie auf, das Local sofort zu verlassen.“ Als ein Genosse seine Zeitung, den „Vorwärts“, einsteckte, rief ein Polizeibeamter: „Hier der hat etwas eingesteckt; er freute sich schon, eine Entbedung gemacht zu haben.“ Der Genosse mußte die Zeitung auf Verlangen des Herrn Communisten herausgeben. Derselbe confiscirte sie und erklärte den Besitzer des „Vorwärts“ für verhaftet, als er sein Eigenthum wieder haben wollte. Der Communist notirte den Genossen, sagte ihm „nun am Argen und warf ihn gewaltsam zur Thür hinaus, — alles wegen des Besitzes eines „Vorwärts“. Auf der Straße hatte ein Genosse Wortwechsel mit der Polizei; er wurde verhaftet, den anderen Tag zu 2 Tagen Haft verdonnert auf Grund des § 128, die er sogleich abzugeben hatte. — Der Schreiber ist durchaus kein langjähriger Socialdemokrat, sondern ein ehemals guter Katholik, der erst durch die arbeiterfeindliche Politik des Centrums anderer Ueberzeugung wurde. Denn er schreibt weiter: Ich habe am 15. Juni 1893 das letzte Mal dem Centrum meine Stimme gegeben. Die Herren vom Centrum sollten doch mal hier eine Versammlung abhalten, über ihre Thätigkeit im Reichstag berichten und dabei freie Diskussion gewähren, sie würden dann mal eine andere Meinung zu hören bekommen.

Bei den Gewerbegericht-Wahlen in Frankfurt am Main siegte in der Klasse der Arbeitgeber die Liste der Innungen über die Liste der socialdemokratischen Arbeiter.

Totenliste der Partei. In Schweinfurt (Bayern) ist dieser Tage einer der thätigsten Socialdemokraten, der Genosse Käfer, aus dem Leben geschieden. Ihm wurde unter dem Ausnahmefesetze die schwierigste Aufgabe zu theil, ihm ist es namentlich mit zu danken, wenn die Socialdemokratie auch in Schweinfurt zu einem Factor geworden ist, mit dem man rechnen muß.

Arbeiterbewegung.

Achtung! Porzellanarbeiter!

Am Montag, den 18. d. Mts., fand in Altwasser (Sachsen) im Kaiser eine Versammlung der Arbeiter der Porzellanfabrik von C. Tilsch statt. Dieselbe hatte den Zweck Stellung zu nehmen gegen die erbärmliche Lage der Arbeiter obiger Fabrik. Es wurde der Beschluß gefaßt die Forderung über die Fabrik zu verhängen und werden die Dreher, Maler und Arbeiterinnen ersucht den Zugang von hier fern zu halten.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Sociale Uebersicht.

Die segensbringende Dividendenzeit ist wieder für viele glückliche Aktienhaber eingetreten. Die süße Beschäftigung des Couponabschneidens kann wieder beginnen. Doch dieses Geschäft sich für viele Aktienhaber zu einem sehr lohnenden gewandelt, lohnt gegenwärtig ein Blick auf den volkswirtschaftlichen Theil der bürgerlichen Blätter. Aus dem letzten Tagen haben wir folgende Firmen und Dividenden zusammengestellt. Es zahlen: Leipziger Wollkammerei 2 pCt., Leipziger Düngereport-Gesellschaft 7 pCt., Leipziger Creditbank 6 pCt., Dresdener Gardinen- und Spitzen-Manufactur-Aktiengesellschaft 9 pCt., Dittersdorfer Filzfabrik (Grange) 10 pCt., Kammingenspinnerei zu Leipzig 7 pCt., Dresdener Creditbank 8 pCt., Actiengesellschaft für Glasfabrikation Bernsdorf D.-L. 7 pCt., Löbauer Bierbrauerei 10 pCt., Bergschwarz Freiberg 11 pCt., Bogtäuschende Bank 10 pCt., Magdeburger Strassenbahn-Gesellschaft 6 pCt., Halle'scher Bankverein 7 1/2 pCt., Vereinigte Buzze-Dampfschiff-Gesellschaft Hamburg 10 pCt., Wandersbader Leberfabrik

16 pCt., Sudenburger Maschinenfabrik und Eisengießerei 20 pCt., Trotha-Semmerwitzer Actienzeigels zu Semmerwitz bei Halle a. S. 33 1/2 pCt. — Diese Liste könnte beliebig fortgesetzt werden. Man sieht aus dem Dargebotenen, daß Dividenden von über 10 pCt. gar nicht so selten sind. Die Actienhaber können also ein ganz schönes Leben führen. Ob man das gleiche auch von den Arbeitern sagen kann? Ein Narr wartet auf Antwort. Jedenfalls würden diese Erwerbslöhne in einem ganz anderen Lichte erscheinen, wenn man neben sie die durchschnittlichen Arbeitslöhne der Arbeiter setzen könnte.

Ueber die Arbeiterklassen auf der Beche „Wesfalia“ schreibt man der Rheinisch-westfälischen Arbeiterzeitung: Die genaue Zahl der am 15. d. M. getödteten Arbeiter beträgt 72. Zum größten Theil sind es Leute, die schon 10, 15 und 20 Jahre auf der Beche arbeiteten, einige sind sogar darunter, die schon 25 Jahre für die Actionäre der Beche sich gequält haben. Vielleicht ist die Bechenverwaltung der sehr richtigen Meinung, daß diese Arbeiter sich genug abgeschunden haben, daß sie der Ruhe bedürfen. Die Beche kann ja doch nicht mehr viel aus ihnen herauspressen, ihre Kräfte haben nachgelassen, denn die Affordarbeit übt Raubbau an der Arbeitskraft. Der alte Arbeiter kann gehen, jetzt zu einer Zeit, wo selbst der junge, kräftige Arbeiter nicht weiß, wo er Beschäftigung finden soll. Nach Ansicht der Bechenverwaltung darf der junge Arbeiter nicht zu viel verdienen, denn er legt das Geld doch nur in Bier und Schnaps an. Wenn also der Arbeiter jung ist, dann darf er aus Gründen der Sittlichkeit nicht zu viel verdienen und wenn er alt ist, dann entläßt man ihn. Praktischer kann man es doch nicht einrichten. Und da sage einer, diese Welt sei nicht die beste — für die Actionäre.

Wie das Parthos-Basrelief für die Hinterlassenen einer Frau sorgt, zeigt nachstehendes Inserat des „Vocumer Anzeigers“: Bitte in Noth. Eine im 81ten Lebensjahre stehende gebrechliche Wittwe, deren zwei Söhne den Strapazen von drei Kriegen erliegen, theils verschollen und deren letzter Sohn, der frühere Ernährer, seit zehn Jahren schwer leidend das Krankenbett hütet, appellirt in ihrer Noth in Gemeinschaft mit ihrem Geistlichen an die Miththätigkeit edelthätiger Menschen. Gaben nimmt entgegen und befördert die Exped. d. B. — Die todtten Helden eiert man mit Denkmal, Kranz und Paukenschlag, die Angehörigen aber können — betteln. In solcher Form quittiren Staat und herrschende Klasse über die zwiefältigen geizigen Blutstener des Volkes.

Zeige Maßen. In gemeinschaftlicher Sitzung haben die Elberfelder und Barmer Maler- und Anstreicher-Zunft einmüthig beschlossen, die Arbeitszeit im Sommer von elf auf zehn Stunden herabzusetzen. Auch wurde die Mittagspause von einer auf anderthalb Stunden verlängert. Dieses Vorgehen einer Zunft ist wohl selten und möchten wir den Zünften anderer Gewerbe und anderer Städte zur Nachahmung empfehlen.

Locales.

Breslau, den 22. Februar 1895.

* **Stadtverordneten-Versammlung.** Wie immer, so war auch die gestrige Sitzung bei Eröffnung sehr schwach besucht und nur allmählich fanden sich die Herren ein, um ihrer stadtväterlichen Pflicht zu genügen. Die ersten beiden Gegenstände der Beratung waren schnell erledigt, denn außer den Referenten hatte keiner der Stadtväter auch nur ein Wort gesprochen. Dies Bild veränderte sich sofort, als die Nummer 85 der Vorlagen, das Gutachten des Grundeigentums- und des Bauausschusses über den Bebauungsplan für die Teichäcker zur Beratung gestellt wurde. Die Frage der Bebauung der Teichäcker schwebt schon eine stattliche Reihe von Jahren; es geht ihr fast wie der Schlachthofffrage, die bekanntlich auch erst nach vielen Jahren und langen Verhandlungen zur Ruhe kam. So ist es auch mit den Teichäckern, dem im Süden der Stadt belegenen großen Terrain, bestellt gewesen. Der Magistrat war seit Jahren bemüht, die Frage aus der Welt zu schaffen, indem er Bebauungspläne ausarbeitete und sie der Versammlung zur Genehmigung vorlegte. Unsere Stadtväter aber waren mit diesen Plänen nie zufrieden, der Magistrat präsentirte ihnen neue Pläne und wieder andere, bis er ihnen in letzter Zeit drei Vorschläge zur Bebauung machte. Einer davon ist nun endlich in der gestrigen Sitzung, jedoch erst nach längerer Debatte angenommen worden, so daß sich in absehbarer Zeit auf den Teichäckern eine rege Bauhätigkeit entfalten dürfte.

Der Magistrat und mit ihm die vorbereitenden Ausschüsse der Versammlung haben wie aus Vorstehendem erhellt, in Sachen der Bebauungspläne recht reiche Erfahrungen gemacht, sie hatten stets eine schwere undankbare Arbeit. Ausgehend hieron stellten die Ausschüsse IV und V (Grundeigentums- und Bau-Ausschuß) den Antrag, eine gemischte Commission, bestehend aus 6 Magistratsmitgliedern und 12 Stadtverordneten zuzusetzen, zur Vorbereitung für größere Fluchtlinien-Pläne einzusetzen. Eine solche Commission, die lediglich mit derartigen Fragen beschäftigt, ist freilich in mannigfacher Beziehung den bestehenden Ausschüssen vorzuziehen. Einige Stadtverordnete aber haben die Autorität der Versammlung in Gefahr, falls eine gemischte Commission gewählt würde. Vorher wiederholt betont, daß die Versammlung nach wie vor, gerade in Sachen der Bebauungspläne, das letzte

und entscheidende Wort zu sprechen habe. Der Antrag der beiden Ausschüsse gelangte schließlich zur Annahme mit der Modification, daß die Commission auf vier Jahre gewählt wird.

Die weiteren Beratungsgegenstände fanden verhältnißmäßig schnelle Erledigung. Der Antrag des Magistrats auf Herabsetzung des Zinsfußes der vierprocentigen Anleihebescheine der Stadt Breslau ist dem Finanzausschuß zur Vorberatung überwiesen worden. Die Festlegung der Fluchtlinien für die Sternstraße zwischen Kreuz- und Hirschstraße, sowie für die anschließenden Theile der Monhaupt- und Hirschstraße erfolgte nach dem Antrage des Magistrats und den von den Ausschüssen IV und V empfohlenen Änderungen. Die Vorlage betr. die Anstellung von 53 Beamten der Gasanstalt, Wasserwerke, Electricitätswerke als Privatbeamte gelangte zur Ueberweisung an den Ausschuß für Wahl- und Verfassungsangelegenheiten. Die Sitzung schloß um 3 1/4 Uhr.

Bewegung der Bevölkerung. In der Woche vom 10. Febr. bis 16. Febr. 1895 fanden nach dem Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Breslau 58 Eheschließungen statt. In der Vorwoche wurden 258 Kinder geboren; davon waren 213 ehelich, 45 unehelich, 249 lebendgeboren, (125 männlich, 124 weiblich), 9 todtgeboren, (4 männlich, 5 weiblich). Die Anzahl der Gestorbenen (excl. Todtgeborene) betrug 179 (86 männlich, 93 weiblich) mit Einschluß der nachträglich aus Vorwochen gemeldeteten. Von den Gestorbenen standen im Alter von 0 bis 1 Jahr 58 (darunter 12 unehelich Geborene) 1 bis 5 Jahren 25, von 5 bis 10 Jahren 4, von 10 bis 15 Jahren —, von 15 bis 20 Jahren 2, von 20 bis 25 Jahren 3, von 25 bis 30 Jahren 6, von 30 bis 40 Jahren 11, von 40 bis 50 Jahren 15, von 50 bis 60 Jahren 21, von 60 bis 70 Jahren 22, von 70 bis 80 Jahren 9, über 80 Jahre 3. — Es starben an Scharlach 5, an Masern und Röttheln —, an Rose 1, an Diphtheritis und Group 7, an Wochenbettfieber 1, an Keuchhusten 2, an Unterleibstypus 1, an acutem Gelenk-Rheumatismus —, an Ruhr —, an Brechdurchfall 1, an Magen- und Darmcatarrh bei Kindern bis 5 Jahren 12, an anderen acuten Darmkrankheiten 2, an anderen Infectionskrankheiten —, an Krebs 4, an Gehirnschlag 7, an Krämpfen 14, an anderen Krankheiten des Gehirns 13, an Lungenschwindsucht 12, an Lungen- und Brusthöhlen-Entzündung 22, an anderen acuten Krankheiten der Athmungs-Organen 3, an anderen Krankheiten der Athmungs-Organen 4, an Lebensschwäche und Atrophie der Kinder 15, an allen übrigen Krankheiten 44, in Folge von Verunglückung 2, in Folge von Selbstmord 5, Unbekannt 2, Todtschlag —. Auf 1 Jahr und 1000 Einwohner kamen in der Berichtswache: Gestorbene überhaupt 25,60, im ersten Lebensjahre Gestorbene 8,30, an Lungenschwindsucht Gestorbene 1,72.

Polizeilich gemeldete Infectionskrankheiten. In der Woche vom 10. Februar bis 16. Februar 1895 wurden 74 Erkrankungsfälle gemeldet und zwar erkrankten an mod. Pocken —, Cholera —, Diphtheritis 21, an Unterleibstypus 2, an Rückfallfieber —, an Scharlach 24, an Masern 27, an Ruhr —, an epidem. Genickstarre —, an Wochenbettfieber —.

* **Stadttheater.** Heute, Freitag, gelangt Schiller's „Don Carlos“ zur Aufführung. Sonnabend geht die Oper „Der Widerspenstigen Zähmung“ in Scene.

* **Opertheater.** In der am Sonnabend als Benefiz für Max Loewe stattfindenden Premiere des neuen französischen Sensationsdramas „Ferdinands Ehecontract“ sind in den Hauptrollen die Damen Kobic, Wend, Baumbach und Grohe, sowie die Herren Ries, Hochland, Loewe und Valentin beschäftigt.

* **Thalia-Theater.** Sonntag gelangt die beliebte Gesangsvoise „Kyris-Portit“ von Wilken und Justinus zur Aufführung. Der Billet-Vorverkauf für diese Vorstellung findet Sonnabend, von 10—3 Uhr, bei E. H. Schlesinger, Ring 10,11, statt.

* **Concordia-Theater.** Der „Probepfeil“ erzielte allseitigen Beifall und brachte dem Benefizianen ein volles Haus. Heute findet die zweite Wiederholung dieses reizenden Lustspiels statt. Sonnabend fällt die Vorstellung aus. Sonntag geht die Operettenvoise „20000 Mark Belohnung“ von Treptom zum ersten Male in Scene. Mittwoch wird zum Benefiz für Fräulein Maria Strauß Paul Lindau's Schauspiel „Maria und Magdalena“ gegeben.

* Ein vermögner Einbruch wurde in der Nacht zum 21. d. Mts. in eine Buchhandlung an der Schweidnitzerstraße verübt. Der Dieb hat nachdem er in den Hausflur gelangt war, zunächst eine nach den Lagerräumen der Buchhandlung führende Thür und dann noch zwei durch eiserne Riegel geschützte Thüren erbrochen. Von den Lagerräumen, die sich in den Kellerlocalitäten befinden, kam er auf einer Treppe in den Laden, erbrach mehrere Kiste und eignete sich 700 Mark in verschiedenen Geldsorten, Postbriefmarken und Versicherungsmarken I, II, und IV. Klasse in noch nicht festgestellter Menge und Quittungskarten an, die auf die Namen Carl Geier, Woldemar Frische, Richard Diesterhöft, Alfred Gans, Eduard Hannich, Ernst Märgner und Paul Schimmel ausgestellt und sammtlich mit entsprechenden Marken versehen waren. Ferner nahm der Einbrecher einen Arbeitsrock mit.

* Einen Bruch des linken Unterschenkels zog sich gestern ein Schiffer zu, der auf der Kurzen Gasse über einen Bordstein stürzte.

* Vermißt wird der Bäckerjunge Paul Michalek, geboren am 30. Januar 1875 in Stannowitz bei Oblau, zuletzt in Stellung bei dem Bäckermeister Steinert, Hohrauerstraße Nr. 46, bescheidet mit dunklem Stoffanzug und graublauer Ueberzieher. Derselbe hat sich Sonntag, den 17ten d. M. aus seiner Wohnung unter Zurücklassung seiner Effecten entfernt und ist bisher nicht zurückgekehrt. Auskunft über seinen Aufenthalt ist im Zimmer 5 des Polizeipräsidiums zu geben.

* **Polizeiliche Nachrichten.** In das Polizeigefängniß wurden am 20. d. M. 59 Personen eingeliefert. — Abhanden kamen: ein Beihmarckstück, ein Portemonnaie mit 2 Mark, eine rothgestreifte Pferdebede. — Gefunden wurden: eine Brosche, 3/4 Meter Crèmespitze, ein Glasdiamant, eine Fenne.

Gewerbegericht. In einer der letzten Sitzungen, die unter dem Vorsitz des Stadtraths Klette abgehalten wurde, kamen unter anderen folgende Streitfälle zur Verhandlung.

Die Costümschneiderin Grotzke klagt gegen die Kellhaus'sche Eheleute wegen eines rückständigen Lohnes von 8 Mark. Sie behauptet, es wäre ihr für jedes Costüm 5 Mark aufgelagt worden, sie habe aber für die gefertigten zwei Costüme nur 7 Mark erhalten; sodas ihr noch die eingeklagten 3 Mark gezahlt werden müßten. Die Beklagten bestreiten ein derartiges Abkommen; Klägerin habe, wie jede Arbeiterin in ihrem Atelier für die Taille 1,25 Mk. und für jeden Rock 2,25 Mk. an Lohn erhalten. Das wäre schon ein anständiger Lohn. Beklagte erklärten sich schließlich bereit, die 3 Mark zu zahlen.

Der Bäckerjunge Müller erhebt gegen den Bäckermeister Eingenbach einen Lohnentschädigungsanspruch für 14 Tage mit 25 Mark, weil er zu Unrecht entlassen worden sei. Kläger wird mit seiner Klage kostenpflichtig abgewiesen, weil durch die zeugeneidliche Aussage eines anderen Gefellen festgestellt wurde, daß Kläger zu seiner plötzlichen Entlassung Anlaß gegeben hatte. Kläger hatte sich bei der Arbeit betrunken, sodas er zur Weiterarbeit unfähig war.

Der Arbeiter Buschmann war bei dem Abdecker Schwieck eine Zeitlang beschäftigt. Es kam zwischen ihm und seinem Prinzipal zu Differenzen, die schließlich dazu führten, daß Buschmann die Stelle verließ. Er will aber bei seinem Abgange 1,50 Mark zu wenig Lohn erhalten haben, die Schwieck angeblich abgezogen habe, weil er eine Wabelbeißel zerbrochen haben solle. Um diese 1,50 Mk. klagt Buschmann, weil ihm eine Schuld an der Deichsel nicht treffen könne. Herr Schwieck behauptet das Gegentheil, will aber den Betrag gar nicht abgezogen, sondern dem Kläger sogar mehr Lohn gezahlt haben, als er zu bekommen habe. Da die Parteien sich nicht einigen können, mußte ein neuer Termin angeetzt werden, bei dem die Tochter des Beklagten als Zeugin vernommen werden soll. — Die Stepperinnen Thiel und Winkler verlangen von dem Schäftesabrikanten Mecca ein Restlohn von je 2,25 Mk., welchen Betrag Mecca sich zu Unrecht abgezogen habe. — Der Vertreter der Firma giebt hierzu an, daß der Klägerin Winkler die 2,25 Mk. abgezogen worden wären, weil sie vertragsbrüchig geworden wäre, und die Klägerin Thiel sei ein neues Arbeitsverhältnis, nachdem das alte gelöst war, eingegangen, hätte aber die Arbeit nicht angetreten. Fräulein Winkler giebt zwar zu, die Arbeit bei Herrn Mecca eingestellt zu haben, sie hätte sie aber wieder auf dessen Geheiß aufnehmen wollen, über ihre Maschine, an der sie gearbeitet, wäre besetzt gewesen, weswegen sie die Arbeit von Neuem nicht hätte aufnehmen können. Fräulein Thiel bestreitet ihrerseits, ein neues Arbeitsverhältnis eingegangen zu sein. Da Beklagter sich zu nichts verstehen will, wurde auch in diesem Falle ein neuer Termin behufs Zeugenvernehmung angeetzt.

Schlesien.

* **Diegnitz, 21. Februar.** Das „Diegn. Tagebl.“ wird um die berichtende Mittheilung ersucht, daß die Nachricht von einem Selbstmorde sich nicht auf einen hiesigen Garnison-Verwaltungsbeamten, sondern einen Militär-Lagareth-Verwaltungsbeamten bezieht. — Wie dem „Diegn. Tagebl.“ ferner mitgetheilt wird, ist die Ursache des Selbstmordes in groben Unregelmäßigkeiten zu suchen, welche in der von dem Verstorbenen verwalteten Kasse ermittelt worden sind. Auch eine Anzahl hiesiger Handwerker soll geschädigt sein; wie es heißt, warteten sie vergeblich auf ihr Geld für geleistete Arbeiten, und es stellte sich bei einer Nachfrage heraus, daß ihre Unterschriften auf den quittirten Rechnungen gefälscht, die Geldbeträge aber nicht mehr vorhanden waren. — Dieser Tage entlieh aus der städtischen Anstalt für verwahrloste Kinder ein 13 Jahre alter Knabe, nachdem er vorher auf den Namen des Hausvaters Schuhwerk etc. bei Geschäftskleuten entnommen hatte. Von dem Ausreißer fehlt bis jetzt jede Spur.

* **Harnau, 21. Febr.** Ein nobler Gemeindevorsteher. Einzig dürfte der Fall dahesten, schreibt das „Hayn. Stadtbl.“, daß ein Gemeindeglied die Steuern für eine ganze Gemeinde bezahlt. Dieses Luststück hat der frühere Gemeindevorsteher des Dorfes G. bei Goldberg fertig gebracht, indem er 2 1/2 Jahre nicht nur die Steuern bezahlte, sondern auch noch den Gemeindevorsteher aus seiner Tasche besoldete. Da dieses Gemeindevorsteher jedoch nur ein Stellenbesitzer war, wurde es ihm mit der Zeit — „eine Kuh hat nicht gelangt“ wie er sagt — zu viel und machte mit dem 1. October v. J. einem anderen „Schulzen“ Platz, der jedoch pünktlich die Steuern einzuliehn soll. Die schönen Tage von Uranjues scheinen damit auch für diese Gemeinde vorüber zu sein.

* **Bunzlau, 21. Februar.** In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde mitgetheilt, daß seitens der königlichen Regierung das neue Gehaltsregulativ für die hiesigen Elementarlehrer genehmigt ist. Dieselben fangen nach dieser neuen Scala mit 1000 Mark Minimalgehalt an und kommen nach dreijähriger Dienstzeit auf das Höchstgehalt von 2300 Mark.

* **Gottberg, 21. Febr.** Gebildetes Proletariat. Für die vakante Bürgermeisterstelle sind über 40 Bewerbungen eingegangen.

* **Samenz, 20. Februar.** Jugendlichster Selbstmörder. In Reichenau erhängte sich der 12 jährige Schulknabe eines Korbmachers von Schrom bei seinen Großeltern an einer Herkule.

* **Stenitz, 21. Februar.** Zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt wurde vom Kaiser der wegen Kindesmord dem hiesigen Schwurgericht am 3. Juli v. J. zum Tode verurtheilte Drahtarbeiter Theophil Kocamarczyn aus Wezinitz. Der Begnadigte hatte, wie noch erinnert sein dürfte, am 17. März d. J. sein 5 Monat-

